



# Saar-Freund

Nachrichten  
aus dem  
abgetrennten Saar- und Pfalzgebiet  
Mittelungsblatt des Bundes „Saar-Verein“

Nummer 5  
4. Jahrgang

Erscheint zunächst monatlich zweimal, am 1. und 15. Bestellungen nur durch die zuständigen Postanstalten (Postzeitungs-  
postamtliche Liste 204) erteilen. In Sonderfällen erfolgt die Zusendung durch die Geschäftsstelle Saar-Verein,  
Berlin SW. 11, Königsberger Straße 44, Fernsprech-Anschluß: Amt Köpenick 3240. — Bezugspreis monatlich  
Mk. 1.00.—, Preis der Einzelnummer Mk. 0.05.—. Alle Zahlungen auf Postcheckkonto Berlin NW. 7, Nr. 66536 erteilen.

Berlin  
1. März 1923

## Saar-, Rhein- und Ruhrhilfe.

Von Werner Barholt.

Der Polincismus nagt unentwegt an dem Bestand des deutschen Vaterlandes. Unersättlich ist der Appetit auf deutsches Land, auf deutsche Kulturarbeit. Sein Ziel geht darauf hinaus, das deutsche 60-Millionen-Volk völlig zu unterjochen, es dem degenerierten französischen 40-Millionen-Volk untertan zu machen. Die sprichwörtlich gewordene Redensart: „Le Boche payera tout“ ist in Wirklichkeit keine leere Redensart mehr, sie bringt vielmehr zum Ausdruck die ganze niederträchtige Politik eines Landes, das infolge der völligen Degeneration seiner Bevölkerung seine Existenz darin begründet sieht, andere für sich arbeiten zu lassen, um ein Leben des Nichtstuns, der Ausschweifung, des Schmarogens weiterführen zu können. Wenn man vielfach von den geschickten französischen Diplomaten gesprochen hat, die ihre verfesteten Ziele letzten Endes stets erreichen, so ist das nicht ganz unrichtig. Nur gingen sie dabei fast immer Wege, die sich mit der Ehre und den Ehrlichkeitsbegriffen eines deutschen Diplomaten nicht immer vereinbaren lassen. Was dem Franzosen an Rechtsgrundlagen und Gerechtigkeitsempfinden fehlte, ersetzte er regelmäßig durch eine aalglatte Niedertrachtigkeit, durch regelrechten Betrug und wo er sich leisten konnte, ließ er die brutale Gewalt an die Stelle des Rechts treten.

Die diplomatische, die politische Geschichte weist Tausende und Abertausende solcher Fälle auf. Gehen wir nur kurz auf die jüngste Geschichte ein: Das Versailler Diktat ist ein Sammelwerk französischer Rechtsverbrechung, diplomatischen Betruges und angewandter Gewaltpolitik, das französische Hinterhältigkeit in den Rahmen scheinbarer „Rechtsnormen“ gebracht hat. Es ist schon eine ganze Reihe einwandfreier Kronzeugen erschienen, die den Aufbau dieses Teufelswerkes mit erlebt, an ihm indirekt beteiligt waren. Wir nennen nur den früheren italienischen Ministerpräsidenten Ritti, den früheren englischen Ministerpräsidenten Lloyd George, den Wilsonschen Pressesekretär Baker u. a. Wir wissen von ihnen, daß Frankreichs Ziele von Beginn der „Friedensverhandlungen“ an darauf gerichtet waren, deutsches Land zu annektieren, die deutsche Reichseinheit zu zertrümmern — wir wissen aus den Iswolskischen Dokumenten, daß Frankreich diese Ziele schon im Jahre 1913, wahrscheinlich früher, verfolgte.

Französische Diplomatenintrige hat es verstanden, trotz ihres scheinbaren teilweisen Mißerfolges dem Versailler Diktat einen Inhalt und einen Wortlaut zu geben, die ihm langsam aber sicher die Erreichung aller jener Ziele ermöglicht, die es sich seit langem gesteckt hat. Frankreich arbeitet mit Hilfe des Versailler Diktats auf die Annexion des Saargebietes, des Rheinlands, des Ruhrgebietes, auf die Zerstörung der deutschen Reichseinheit, auf die Vernichtung der deutschen Wirtschaft hin.

Allmählich erkennt man diese französischen Absichten immer deutlicher im gesamten deutschen Volk, der brutale Überfall Frankreichs an der Ruhr und in Baden hat langsam auch den Gleichgültigsten aufgerüttelt; es sind nur noch ganz wenige, die für das französische Verbrechen eine Entschuldigung haben, die nämlich, die kein nationales Empfinden kennen, da sich dieses mit ihren deutschfeindlichen oder ihren materiellen Interessen nicht vereinbaren läßt.

Und da das ganze deutsche Volk heute weiß, um was es geht, deshalb vernahm es den Ruf: Helft dem Ruhrgebiet! Überall regen sich die Arme, die Hände und die Kassen. Den kämpfenden deutschen Brüdern muß geholfen werden, sie kämpfen um Deutschlands Freiheit, um unsere Zukunft.

Angesichts des Abwehrwillens des ganzen deutschen Volkes ist es angebracht, daran zu erinnern, daß ein zäher, heißer Kampf um deutsches Recht, um deutsches Land, um deutsche Freiheit schon seit mehr als 4 Jahren tobt, ein Kampf gegen französische Annerkennung, gegen französische Brutalität, und zwar in deutscher Westmark an der Saar. Nach den Bodenschätzen dieses Landes geküßt es den gallischen Räuber und nach seinem Industrieerichtum. Ein einziger Wille steht diesen Raubabsichten entgegen, ein deutscher Stamm, der sie verteidigt gegen Macht und Lüge. Viele sind diesem Kampf zum Opfer gefallen, viele sind durch französische Brutalität aus ihrer Heimat vertrieben, aus ihrer Existenz gerissen. Was heute im Ruhrgebiet Tausenden und Abertausenden an Mißhandlungen, Verhaftungen, Schikanen, Veralbungen und Vertreibungen widerfährt — das kleine Saargebiet hat diese Leiden schon vor 3 und 2 Jahren in gleicher Weise erfahren mit einem Unterschied: es kümmerte sich kein Mensch darum! Man ging in Deutschland über den Not- und Angstschrei, der aus dem Saargebiet immer und immer wieder erscholl, mit geradezu unverantwortlicher Gleichgültigkeit hinweg. Es organisierte sich damals weder Flüchtlings- noch Wohnungshilfe, man hörte nie etwas von einer Saarlilfe! Noch heute warten zahlreiche Opfer auf den Ersatz ihrer Vertreibungsschäden!

Anläßlich der Eröffnung des rheinischen Provinziallandtages in Barmen hat der preussische Minister des Innern Severing darauf hingewiesen, daß aus der sogenannten „Ruhrhilfe“ keine einseitigen Schlußfolgerungen gezogen werden dürfen, sondern daß auch Rheinländer und Mainländer der Hilfe des gesamten Deutschland teilhaftig werden würden. Die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ hat sich daraufhin in einer besonderen Eingabe an den preussischen Minister des Innern gewandt und mitgeteilt, daß sie wohl in der Annahme nicht fehlerhaft, daß der Herr Minister dabei ganz besonders auch an die Saargebietsbevölkerung gedacht habe, die zu einem großen Teile infolge des Währungsualismus am allerschwersten von allen Volksteilen zu leiden habe, und sie hat gebeten, wie vor einigen Wochen in einer Eingabe, die „Rheinlandhilfe“ betreffend, daß auch im Rahmen der „Ruhrhilfe“ aller Opfer des Saargebietes gedacht werden möge, und daß vor allen Dingen die Bevölkerung des Saargebietes, die unter den furcht-

Das verspätete Erscheinen der vorliegenden Nummer bitten wir gefälligst damit entschuldigen zu wollen, daß infolge der Besetzung des Ruhrgebietes die Postbestellungen sehr unregelmäßig gewesen sind, und wir infolgedessen sehr spät in den Besitz der Zeitungen des Saargebietes kamen.



haren Wirkungen des Währungsduallismus schwer zu leiden habe, auch bei der „Ruhrhilfe“ unter allen Umständen die notwendige Berücksichtigung finden werde.

Auch wir nehmen an, daß die Ruhrhilfe bei nicht einseitigen Schlussfolgerungen auch den Opfern des Saargebietes jeglicher Art zugute kommen wird. Das Saargebiet gehört trotz des Versailler Diktats zum Rheinland, es ist deutsches Land, das man trotz oder besser gerade wegen seiner besonderen Behandlung im Versailler Schanddiktat nicht schlechter stellen darf wie andere deutsche Gebiete.

Als man noch in keinem anderen deutschen Gebietsteil an den Abwehrkampf gegen französischen Eroberungswillen dachte, als die Wirkungen des Versailler Schmachfriedens sich anderwärts noch kaum geltend machten, da stand die Saargebietsbevölkerung

bereits im vordersten Treffen, brachte sie bereits die ersten Opfer. Soll das vergessen sein, soll es vergessen sein, daß dieser Kampf wie zu Beginn so noch heute für Deutschlands Zukunft geführt wird und daß noch heute 99 Prozent der Saargebietsbevölkerung treu zur deutschen Sache steht? Will man das nicht sehen, will man dieses kleine Häuflein auf abgeschlossener Insel sich allein überlassen? Hat nicht vielmehr das Saargebiet ein Anrecht darauf, daß ihm aus der Ruhrhilfe ein erheblicher Teil zufließt, damit es den 15jährigen Jermüdnungskrieg begreulich bestreife?

Wir meinen, daß noch heute das Wort Rathenaus Geltung hat: „Die Bevölkerung des Saargebiets kann jederzeit dem deutschen Volke Vorbild und Muster sein!“ Daher erwarten wir, daß es von der Ruhrhilfe heißt:

„Für Saar, Rhein und Ruhr!“

## Der Meineid-„Minister“.

Von Werner Barbois.

Das Saargebiet ist bekanntlich auf fünfzehn Jahre der deutschen Souveränität entzogen und einer fünfgliedrigen Verwaltungskommission des Völkerbundes unterstellt. Die fünf Mitglieder werden vom Völkerbund ernannt. Unter ihnen muß sich ein Franzose und ein aus dem Saargebiet stammender Nichtfranzose befinden. Letzterer ist zurzeit der frühere praktische Arzt, spätere kommissarische Bürgermeister von Saarlouis — von der französischen Militärbehörde dazu bestimmt — Dr. Hector. Gegen Hector bestand in der Saargebietsbevölkerung schon seit langem Mißtrauen, da er sich gar zu deutlich als Französling gezeigt hatte. Bieleicht war gerade dieser Umstand für seine Ernennung zum Mitglied der Saar-Regierungskommission ausschlaggebend.

Hector wurde „Minister“ — Minister titulieren sich die einzelnen Mitglieder der Saarregierung, wahrscheinlich weil ihr vom Völkerbund festgesetztes Entgelt für ihre „mühevollen Tätigkeit“ weit über ein Ministergehalt hinausgeht.

Und es begab sich, daß die Bevölkerung an der Saar mit ihren „Ministern“ unzufrieden war, nicht aus Opposition, sondern weil die Herren Minister im einzelnen wie in ihrer Gesamtheit über die Köpfe „ihrer Untertanen“ hinwegregierten und sich den Teufel um Volksmeinung, Bevölkerungswünsche, Landesinteresse und Vertragsbestimmungen kümmerten. Daher nahm man sich die einzelnen Herren etwas mehr unter die Lupe.

Da war u. a. das „saarländische“ Mitglied der Saarregierung, der „Minister“ Hector. Er war vor seiner Berufung auf den Ministerstuhl, wie erwähnt, auf Befehl der französischen Militärbehörde, kommissarischer Bürgermeister von Saarlouis, der „Stadt mit dem französischen Namen, aber mit dem deutschen Herzen“. Im Juni 1919 faßte die Stadtverordnetenversammlung von Saarlouis einen Beschluß, in einer Eingabe an die Friedenskonferenz auf die wirtschaftlichen Schäden hinzuweisen, die sich durch die geplante Regelung der Saarfrage für Saarlouis ergeben würden und zu bitten, auf diese wirtschaftlichen Folgen Bedacht zu nehmen. Der Beschluß war natürlich deutsch abgefaßt worden, ebenso die Eingabe. Dr. Hector „übersehte“ diese Eingabe der „besseren Wirkung“ wegen ins Französische und leitete diese Eingabe auch Herrn Clemenceau zu.

Das heißt, er beließ es nicht bei dieser Eingabe, sondern richtete noch ein bzw. zwei Schreiben an Clemenceau. Von diesen Dingen erhielt die Bevölkerung nachträglich Kenntnis, sie erfuhr, daß Herr Hector diesen Beschluß der Saarlouiser Stadtverordneten dazu benutzte, um ihn in eine Ergebenheitsadresse der Stadt Saarlouis an Frankreich umzuübersetzen.

Das führte zu starker Erregung der Bevölkerung und zu einer Eingabe der politischen Parteien an den Völkerbund. Dieser beantwortete diese begreifliche Erregung mit einer Bestätigung Hectors zum Regierungskommissionsmitglied auf ein weiteres Jahr.

In den Augen der Saargebietsbevölkerung aber war Hector gerichtet. Die „Saarbrüder Zeitung“ nannte sein Tun „schmachvollen Landesverrat, verübt durch gemeinen Betrug“. Das war deutlich, das sagte sich wohl auch Hector — „Minister“ Hector, bitte — und deshalb lief er zum Radl und verlangte die Bestrafung des betreffenden Redakteurs Adolf Franke. Nach mehrfachen Vertagungen begann der Prozeß am 24. Februar. Hector wurde als Zeuge vernommen. Er bestritt unter Eid, einen Brief an Clemenceau gerichtet zu haben. Das Gericht beschloß daher auf Antrag der Verteidigung die Durchsuchung der Akten des Bürgermeistersamts Saarlouis. Am Montag, 26. Februar, blieb Hector der Verhandlung wegen Erkrankung fern! Der Vorsitzende des Gerichts aber teilte mit, daß in den Saarlouiser Akten der Brief Hectors an Clemenceau gefunden wurde!

Die Verteidigung des angeklagten Redakteurs beantragte Verhaftung Hectors wegen Meineid- und Fluchtverdachts. Das Gericht erklärte sich zum Erlass eines Haftbefehls nicht für zuständig, ebenso die Beschlagnahme der Privatkorrespondenz für undurchführbar, da Hector als Beauftragter des Völkerbundes Exterritorialität genießt. Es wurde aber beschlossen, Dr. Hector von dem Kreisarzt auf seinen Gesundheitszustand amtlich untersuchen zu lassen und die Verhandlung bis Mittwoch zu vertagen.

Ohne daß das Gericht ein Urteil gesprochen hat, weiß man jetzt im Saargebiet und darüber hinaus, wer auf die Anklagebank gehört. Hector ist nicht nur ein Landesverräter und gemeiner Betrüger, sondern, wie das Gericht bereits festgestellt hat, ein Meineid-„Minister“. In einem geordneten Staatsleben müßte dieser Mann sofort von seinem Posten verschwinden und dem ordentlichen Richter zugeführt werden. Da aber das Saargebiet dem Völkerbund unterstellt ist, wird es eine geraume Zeit dauern, bis sich die Feststellungen des Saarlouiser Gerichts in Genuß auswirken.

Es ist gut so, daß diesem Verräter Hector, den man der Welt als den „Vertreter des Saargebiets“ in der Saarregierung vorgestellt hat, endlich die Maske vom Gesicht gezogen ist. Hector gehört zu jenen Elementen, die das Unglück ihres Vaterlandes dazu benutzten, um gegen die Interessen ihres Landes zu arbeiten, um sich ihre Taschen zu füllen. Es sind Verräter am Deutschtum, die Gott sei Dank nur vereinzelt im Saargebiet anzutreffen sind. Es ist aber notwendig, daß ihre Namen der Öffentlichkeit immer wieder bekannt gegeben werden. Einen jener Französlinge hat vor einigen Monaten ein französisches Militärauto über den Haufen gefahren, so daß er, Fügung des Schicksals, nach wochenlangem, schwerem Leiden verstarb. Es war der Saarbrücker Geheimrat Dr. Wuth. Auch andere Leute haben die Interessen ihres Vaterlandes durch Unterstützung der französischen Politik der Saarregierung verraten. Wie dem Meineid-„Minister“ Hector sein Schicksal durch seine gar zu weitgehende Unverschämtheit erleichte, so werden hoffentlich auch die übrigen Personen recht bald das Ende ihrer Tage sehen.

Wenn noch nach den ersten Verhandlungstagen die Auffassung bestehen konnte, als ob Hector aus Fahrlässigkeit einen Falschschlüssel geliefert habe, so muß nunmehr als feststehend gelten, daß es sich tatsächlich um wissentlichen Meineid handelt. Er schließt jetzt Krankheit vor, um dadurch die Verhandlung zur Vertagung zu bringen, in der Hoffnung, in der Zwischenzeit einen Ausweg zu finden. Sein Rechtsbeistand gab in der Samstagssitzung bereits den Tatbestand des fahrlässigen Falschschlüssels zu, nimmt aber die §§ 158 und 163 des Strafgesetzbuches für seinen Schützling in Anspruch (mildernde Umstände). Gleichzeitig scheint Hector die Konsequenzen ziehen zu wollen. Er hat der Regierungskommission mitgeteilt, daß er durch seinen Gesundheitszustand verhindert sei, sein Amt als saarländisches Mitglied der Regierungskommission auszuüben.

Gemäß den Instruktionen des Völkerbundsrats vom 13. Februar 1920 wird der ehemalige Landrat des Kreises Saarlouis als stellvertretendes saarländisches Mitglied der Regierungskommission bezeichnet.



# Beleidigungsflage Hector gegen Franke.

Der Ankläger auf der Anklagebank.

Vor der 1. Strafkammer des Landgerichts Saarbrücken begann am 24. Febr. der Beleidigungsprozeß, den der „saarländische Minister“ Dr. Hector gegen den Redakteur Adolf Franke von der Saarbrücker Zeitung angestrengt hatte. Bekanntlich hat in dieser Sache bereits vor etwa 4 Wochen ein Termin anstanden, der aber wieder aufgehoben wurde und zwar, wie die „Saarbrücker Zeitung“ annehmen zu sollen glaubt, weil damals die Entscheidung über die Unabsehbarkeit und Unersehbarkeit der saarländischen Richter noch in der Schwebe war. Diese Entscheidung ist inzwischen durch den Obersten Gerichtshof zugunsten der Richter getroffen worden.

Dem Prozeß, der nach mehr als einer Seite hin von außerordentlichem Interesse und weittragender Bedeutung ist, lagen die bekannten Vorgänge zugrunde, über die wir im „Saarfreund“ fortlaufend berichtet haben: Die politischen Parteien des Saargebietes hatten im September v. J. dem Völkerverbund eine Eingabe unterbreitet, die sich gegen die Wiederwahl Hectors als Mitglied der Regierungskommission richtete. Von den politischen Parteien wurde Hector der schwere Vorwurf gemacht, daß er eine wirtschaftliche Eingabe des Stadtverordneten-Kollegiums von Saarlouis an die zukünftige Saarregierung in eine Lokalitätserklärung für Frankreich umgefälscht habe. In der Nummer vom 4. September der Saarbrücker Zeitung gab der politische Redakteur Franke den vollen Wortlaut der Eingabe wieder und erhob in einem Kommentar zu der Denkschrift der Parteien gegen Dr. Hector den Vorwurf, daß er sich nach den Feststellungen in der Eingabe des „schmachvollen Landesverrats durch einen gemeinen Betrug habe zuschulden kommen lassen“. Obwohl Franke sich ausdrücklich auf die Feststellungen der politischen Parteien bezog, scheute sich Hector eine Anklage gegen diese zu erheben, sondern erstattete gegen Franke eine Strafanzeige wegen „Beleidigung“.

Die Leitung des Prozesses lag in den Händen des Landgerichtsdirektors Messinger, Beisitzer waren Landgerichtsrat Henn und Assessor Becker, als Vertreter der Anklage fungierte Oberstaatsanwalt Keller. Die Verteidigung des angeschuldigten Redakteurs lag in den Händen der Rechtsanwälte Steegmann und Lehmann. Hector war als Nebenkläger zugelassen, seine Vertretung hatte Rechtsanwalt Dr. Schmidt-Saarlouis übernommen. Zur Verhandlung waren 12 Zeugen geladen worden, zumelst Mitglieder des Saarlouiser Stadtverordnetenkollegiums.

Nach der Verlesung der Anklageschrift wurde zunächst der angeschuldigte Redakteur Adolf Franke vernommen. Er erklärte, daß er als Vertreter des damals abwesenden Chefredakteurs die Verantwortung für den politischen Inhalt der Zeitung trage und bekannte sich auch als Verfasser des inkriminierten Artikels, für den er die volle Verantwortung auf sich nahm. Veranlaßt zu dem Vorwurf gegen Dr. Hector sei er durch die Eingabe der politischen Parteien, deren Behauptungen er, wenn auch in anderen Worten, in der Einleitung lediglich wiedergegeben habe. Außerdem machte er darauf aufmerksam, daß der Vorwurf des Landesverrats schon zu verschiedenen Malen auch in öffentlichen Versammlungen gegen Dr. Hector erhoben worden sei, ohne daß bisher von diesem eine Anklage dagegen erhoben worden wäre. Außer auf die Eingabe der politischen Parteien stütze sich Franke in seinen Anschuldigungen auf das, was er sonst über die Tätigkeit Hectors erfahren habe und wisse, was auch durch die Beweisaufnahme erhärtet werden würde. Nochmals betonte Franke, daß er sich bei seinen Vorwürfen auf die Eingabe der politischen Parteien stütze und in den Angaben darin den Vorwurf des Landesverrats erblicke. Die Frage des Vorstehenden, ob er auch jetzt, nachdem er Einblick in die Vorvernehmungen erhalten habe, seine Anschuldigungen aufrecht erhalte, bejaht der Angeeschuldigte ausdrücklich und bemerkt, daß er sich als Vertreter der Öffentlichkeit und als Deutscher verpflichtet gefühlt habe, für die Sache einzutreten.

Hierauf wurde Dr. Hector als Zeuge vernommen. Er schildert das Zustandekommen der bekannten Denkschrift, die von der Stadtverordnetenversammlung als wirtschaftliche Eingabe an die kommende Saarregierung gedacht war, von Dr. Hector jedoch, wie wir im „Saarfreund“ wiederholt auszuführen Gelegenheit hatten, in eine politische Ergebniseitsadresse der Stadt Saarlouis an Frankreich umgefälscht worden war. Die Denkschrift hatte der Justiziar Gergen angefertigt, sie war ins Französische übersetzt und der Stadtverordnetenversammlung vorgelesen worden. Gegen die in französischen Text stehenden Worte „Fidélité“ und „Loyauté“ wurde von den Stadtverordneten protestiert, ebenso verlangten diese, daß in Paris nicht nur der französische, sondern auch der deutsche Text überreicht wurde. Den Stadtverordneten sollte ein Exemplar der Eingabe zugestellt werden. Hector übersandte die

Denkschrift der Saarabteilung der Friedenskommission in Paris und händigte auch

Lardien und Clemenceau

sowie anderen „prominenten Persönlichkeiten“ ein Exemplar aus. Die Stadtverordneten erhielten kein Exemplar, da Hector „in Paris etwa 20 Exemplare verteilte, später in Saarlouis dem General Mangin und General Wirbel je ein Exemplar überreichte, so daß schließlich keine mehr übrig geblieben seien“.

Rechtsanwalt Dr. Lehmann fragt Hector, ob er, als er die Denkschrift in Paris überreichte, noch irgendein Schreiben überreicht habe oder ob er die Denkschrift nur mit einem mündlichen Vortrag begleitete. Hector erwidert, er habe nur einen mündlichen Vortrag gehalten. Dr. Lehmann bittet, diese Aussage zu protokollieren.

Der nächste Zeuge, der bekannte Franzosenfreund Urban Jachvier aus Wallerfangen, bestätigt im wesentlichen die Angaben Hectors. Auch der nächste Zeuge Justiziar Goergen, bestätigt die Angaben Hectors, soweit sie sich auf den Werdegang der Denkschrift beziehen.

Aus der Stadtverordnetenversammlung hat aber der Zeuge den Eindruck gewonnen, daß der Ausdruck „Fidélité“ nach dem Wunsch der Stadtverordneten entfernt werden sollte. Auch sei es der Wille der Versammlung gewesen, daß in Paris unter allen Umständen auch der deutsche Text überreicht werden sollte. Auf die Frage, ob Dr. Hector in Paris die Ergebenheit oder den Dank der Stadt zum Ausdruck bringen sollte, antwortet der Zeuge mit einem bestimmten Nein.

In der Nachmittags Sitzung bekundete Zeuge Kaufmann Schröder aus Saarlouis,

gegen die Ausdrücke „Loyauté“ und „Fidélité“

hätten sich sämtliche Stadtverordneten mit alleiniger Ausnahme Dr. Hectors gewandt. Die Ausdrücke sollten unter keinen Umständen in die Denkschrift hineinkommen. Auf die Frage, ob man sich durch den Hinweis darauf, daß diese Ausdrücke ja auf die kommende Saarregierung gemünzt seien, habe beschwichtigen sollen, antwortet der Zeuge mit einem Nein.

Auch der nächste Zeuge, Kreisrechnungsrat Juchmann, gibt im wesentlichen die Vorgänge in der Stadtverordnetenversammlung ebenso wieder wie der Zeuge Schröder. Die restlichen als Zeugen vernommenen Stadtverordneten geben immer wieder die gleichen Erklärungen ab.

Als letzter Zeuge wird der cand. jur. Josef Goergen vernommen. Er bekundet u. a.: Ich war zur Zeit, als Dr. Hector die Denkschrift in Paris übergab, Redakteur der „Saarzeitung“ in Saarlouis. Im März oder im April des Jahres 1920 wurden mir von dritter Seite

zwei Briefe

in die Hand gespielt. Es waren dies ein längerer und ein kürzerer Brief. Der längere Brief ist in Maschinenschrift geschrieben, und soll nach Aussagen des Vermittlers das Begleitschreiben zu der französischen Denkschrift bilden. Dieser Brief trug weder eine Anschrift noch eine Unterschrift. Der zweite Brief war von Dr. Hector persönlich geschrieben auf gelbem Papier, 9 zu 7 Zentimeter groß, zweimal gefaltet und trug die Anschrift: Monsieur le président du conseil. Ministre de la guerre. Daß die Handschrift die des Dr. Hector ist, kann ich bezeugen, denn 1. kenne ich die Handschrift Dr. Hectors selbst, und 2. hat mir mein Bruder, dem ich das Schriftstück zeigte, sofort bekundet: Das hat Dr. Hector selbst geschrieben. In diesem Schriftstück stand u. a., daß Saarlouis mehr als ein Jahrhundert von Preußen besetzt worden sei. Ich habe dann die Schriftstücke weitergegeben.

Rechtsanwalt Dr. Steegmann erklärt hierauf: „Ich habe die beiden Schreiben hier zur Hand“ und verliest beide Briefe in ihrem französischen Wortlaut. Eine ungeheure Erregung folgte dieser Verlesung. Dr. Hector erklärt, sich nicht an diese Briefe erinnern zu können und fordert die Vorlegung der Originale.

Rechtsanwalt Dr. Steegmann verliest hierauf den ersten Brief in der deutschen Uebersetzung, die folgendermaßen lautet:

Der Bürgermeister der Stadt Saarlouis.

Saarlouis, den 24. 7. 1919.

Aller Wahrscheinlichkeit nach steht die Stadt Saarlouis davor, zum zweitenmal in ihrer Geschichte der Belohnung für ihre Treue zu Frankreich beraubt zu werden, und diese Stadt, die nach der Absicht ihres Gründers die gegebene Hauptstadt der Saarprovinz



war, ist bedroht, durch die untreuliche preussische Stadt Saarbrücken aus ihren Rechten verdrängt zu werden. Tief getroffen von dieser schmerzlichen Aussicht, wendet sich der Stadtrat und der Bürgermeister der Stadt Saarlouis an Sie, um Sie zu beschwören, gütigst Ihren hohen Einfluß geltend machen zu wollen, um den gerechten Forderungen unserer Stadt zum Triumph zu verhelfen. Wir geben uns die Ehre, Ihrem unparteilichen Urteil diese in der beiliegenden Broschüre niedergelegten Forderungen zu unterbreiten, und wir bitten, gütigst einige Augenblicke Ihrer so kostbaren Zeit dem Lesen dieser Broschüre widmen zu wollen und den Inhalt den zukünftigen Stellen mitteilen zu wollen.

Wir hegen die unerschütterliche Überzeugung, daß dank Ihres Einflusses die Regierung uns Gerechtigkeit widerfahren lassen wird und daß Frankreich die Stadt Ludwig XIV. nicht in völlige politische und wirtschaftliche Isolierung geraten lassen wird.

Indem wir im voraus unsern Dank aussprechen, bleiben wir hochachtungsvoll und ergebenst

Der Bürgermeister der Stadt Saarlouis.  
gez. Dr. Hector.

Dr. Hector (in starker Erregung): Ich kann schwören, daß ich diese Denkschrift nicht überreicht habe.

Vorsitzender: Haben Sie eine derartige Schrift verfaßt?

Dr. Hector: Nein! Und ich habe keine Schrift neben den anderen Denkschriften an Clemenceau überreicht.

Vorsitzender: Sie haben also eine derartige Schrift in Paris nicht überreicht?

Dr. Hector: Ich schwöre, daß ich diese Schrift Clemenceau nicht übergeben habe, und daß ich davon nichts weiß.

Rechtsanwalt Dr. Lehmann bringt darauf den zweiten Brief in der deutschen Übersetzung zur Verlesung.

Der Bürgermeister der Stadt  
Saarlouis.

Saarlouis, den 15. Januar 1920.

Der Bürgermeister von Saarlouis Dr. Hector  
an den Herrn Ministerpräsidenten,  
Kriegsminister in Paris.

Im Augenblick, wo der Völkerverbund sich anbahnt, den Saarkraat zu errichten, nimmt sich der Stadtrat von Saarlouis die Freiheit, sich an Sie zu wenden, um Sie ehrerbietig zu bitten, bei der Errichtung dieses Staates gütigst energisch die Interessen seiner Stadt zu verteidigen zu wollen. Der Bürgermeister und der Stadtrat geben der sicheren Hoffnung Ausdruck, daß Frankreich ihrer Stadt, die über ein Jahrhundert lang wegen ihres Ursprungs und ihrer Zuneigung für Frankreich von Preußen boykottiert wurde, helfen wird, wieder in ihre historischen Rechte eingeseht zu werden.

Hochachtungsvoll und ergebenst

Nachdem der Zeuge Görgen seine Befundungen nochmals wiederholt, erklärt Dr. Hector: Was die erste Schrift angeht, von der man behauptet, ich hätte sie gleichzeitig mit der Denkschrift in Paris übergeben, so habe ich schon erklärt, daß ich sie nicht überreicht habe. Was die zweite Schrift angeht, die von meiner Hand geschrieben sein soll, so

kann ich mich nicht erinnern.

Der Bruder Görgens, der, wie erwähnt, im Auftrage der Stadtverordneten die wirtschaftliche Denkschrift ausgearbeitet, wird darauf als Zeuge vernommen. Er bekundet, sein Bruder habe ihm eines Tages einen Brief gezeigt, der von Dr. Hector eigenhändig geschrieben war, und zwar auf einen Zettel, auf dem in der Regel die Einladungen zu den Stadtverordnetenitzungen geschrieben werden. Au den Inhalt kann sich der Zeuge nur soweit erinnern, daß darin davon die Rede war, daß Saarlouis von Preußen boykottiert worden sei und daß es von Frankreich Schutz erwartet.

Der Zeuge war seinerzeit aus dem Saargebiet ausgewiesen worden, wie er glaubt und auch bei seiner ersten Vernehmung erklärt hat, war die Ausweisung deshalb erfolgt, weil er in dem Verdacht gestanden habe, den Brief seinem Bruder, dem damaligen Redakteur der „Saarzeitung“, in die Hände gespielt zu haben. Auf Befragen erklärt Hector, daß Görgen seine „rechte Hand“ gewesen und daher ein gewisser Verdacht auf ihn gefallen sei. Auf die weitere Frage, ob dies der Grund zur Ausweisung Görgens gewesen sei, meint Hector, das wisse er nicht, es sei nicht ausgesprochen worden, daß dies der Grund war. Justitiar Görgen erklärte dann noch unter Eid, daß er mit dem Brief weder direkt noch indirekt in irgendeiner Beziehung stehe. Er habe aber gelegentlich der Verhandlungen wegen Aufhebung seiner Ausweisung auch eine

Unterredung mit Hector

gehabt. In dieser Unterredung sei über die beiden Briefe, sowohl über das Originalschreiben von der Hand Dr. Hectors wie auch über den längeren Brief in Maschinenschrift gesprochen worden. Dr. Hector fragte mich: Wissen Sie denn, ob dieser Brief nicht

eine Fälschung ist? Nein, erwiderte ich, es kann keine Fälschung sein, es ist Ihre charakteristische Handschrift. Die Möglichkeit einer Fälschung liegt nicht vor. Ja, wissen Sie denn, fragte Dr. Hector weiter, daß ich den Brief auch abgeschickt oder übergeben habe? Das kann ich nicht wissen, antwortete ich. Dr. Hector legte mir nahe, ihm anzudeuten, woher ich meine Wissenschaft über die Briefe hätte. Ich lehnte das ab. Damit war die Unterredung zu Ende.

Da der Zeuge cand. jur. Josef Görgen erklärte, er habe Grund zu der Annahme, daß sich der handschriftliche Brief im Archiv der Stadt Saarlouis finden werde, stellt Dr. Steegmann wiederholt den Antrag der Vertreibung, eine

Nachsuchung im Stadtarchiv

zu Saarlouis abzuhalten.

Nach lebhaftem Hin und Her zwischen Verteidigung, Rechtsbeistand des Nebenklägers, Staatsanwalt und Gerichtshof wird beschlossen, daß sofort in einem Auto der Regierungskommission Referendar Becker, der Gerichtsschreiber, der Beigeordnete Fuhrmann und der Zeuge cand. jur. Görgen nach Saarlouis fahren sollen, um die Untersuchung im Stadtarchiv vorzunehmen.

Während dieser Debatte versucht Rechtsanwalt Dr. Lehmann von Dr. Hector die Frage zu richten, ob er sich als Schreiber des einen Briefes bekenne. Er wird aber von dem Rechtsbeistand des Nebenklägers unterbrochen. Trotzdem erklärt Dr. Hector nochmals: Was den Brief angeht, der an Herrn Clemenceau abgegeben worden sein soll — das ist der größere Brief —, so gebe ich unter Eid die Versicherung ab, daß dieser Brief nicht an Clemenceau abgegeben ist. Im übrigen muß ich erklären, daß mir diese Briefe, welche mir heute vorgelegt werden, vollständig — (der Nebenkläger stimmt) zunächst unbekannt sind.

Der Staatsanwalt erklärt, man könne von Dr. Hector nicht verlangen, daß er jetzt sofort antworten solle, da doch die Vorgänge, um die es sich hier handle, schon beinahe vier Jahre zurückliegen. Er müsse Zeit haben, um sich zu sammeln.

Rechtsanwalt Dr. Steegmann: Wenn man einen solchen Brief mit diesem Inhalt an Clemenceau geschrieben haben sollte, dann ist es doch klar, daß man das nicht vergißt, und erst recht nicht vergißt, wenn man im Laufe der Jahre wiederholt darauf gestoßen wird. Die gewonnenen Erklärungen, die Herr Dr. Hector bisher abgegeben hat, — es sind wirklich recht gewundene Erklärungen — müssen recht merkwürdig be-  
rühren.

Rechtsanwalt Dr. Lehmann versucht nochmals Dr. Hector zu einer Erklärung zu veranlassen. Rechtsanwalt Dr. Schmidt widerlegt sich mehrmals mit dem Hinweis darauf, daß Dr. Hector bereits eidlich bekundet habe, er habe das längere Schreiben nicht verfaßt, an das andere könne er sich nicht erinnern. — Rechtsanwalt Dr. Lehmann bittet, diese Aussage protokol-  
larisch festzuhalten.

Damit erreicht die Sitzung ihr Ende.

Die Weiterverhandlung am Montag, 26. Februar, brachte eine Reihe weiterer

sensationeller Ergebnisse.

Zu Beginn der Verhandlung teilte der Vorsitzende mit, daß den nicht erschienenen Dr. Hector ein ärztliches Attest beigebracht habe, wonach er an Grippe, nervösen Erscheinungen und Herzbeschwerden erkrankt sei. Darauf gab der Rechtsanwalt Dr. Hector die Erklärung ab, daß er die weitere Vertretung ablehnen müsse, da eine Anzahl ihm vorher unbekannter Tatsachen zutage getreten sei. Wie der Vorsitzende hierauf feststellte, ist

der Begleitbrief an Clemenceau im deutschen Original in den Akten von Saarlouis gefunden worden.

Ferner sei an Hand des Journals festgestellt, daß dieser Brief tatsächlich an Clemenceau abgegangen ist.

Der Staatsanwalt beantragte Vertagung im Hinblick darauf, daß eine so wichtige Angelegenheit nicht ohne Beisein des Dr. Hector geregelt werden könnte.

Die Verteidigung des Redakteurs Franke widersprach und stellte fest, daß ein nervöser Zusammenbruch angesichts der Tatsache, daß wahrscheinlich von Dr. Hector

ein Meineid

geleistet worden sei, verständlich sei. Man müsse aber weiter verhandeln, auch ohne Dr. Hector, um die Sache restlos aufzuklären. Die Verteidigung stellte weiterhin den Antrag, gegen Hector einen Haftbefehl zu erlassen und seine Privatkorrespondenz zu beschlagnahmen. Zum Erlaß des Haftbefehls erklärte sich das Gericht



nicht für zuständig. Die Beschlagnahme der Akten wurde unter dem Hinweis auf die Dr. Hector als Beauftragter des Völkerbunds zustehende Exterritorialität abgelehnt. Darauf wurde beschlossen, Dr. Hector von dem Kreisarzt auf seinen Gesundheitszustand amtlich untersuchen zu lassen und die weitere Verhandlung auf Mittwoch anzuberaumen. Die Verteidigung des Angeklagten Franke stellte noch mehrere Beweisanträge, aus denen sich ergeben soll, daß Hector den Brief persönlich diktiert und eine Dame aus Saarlouis beauftragt habe, sechs französische Übersetzungen davon anzufertigen.

In der Mittwochssitzung wandte sich der Gerichtsvorsitzende in erregten Worten gegen die Verteidigung des angeklagten Franke wegen des Antrages auf Erlass eines Haftbefehls gegen Dr. Hector. Es sei ein eigentümliches Vorgehen von erfahrenen Rechtsanwälten, daß sie bei der Strafkammer einen Antrag auf Erlass eines Haftbefehls gegen den Nebenkläger gestellt hätten, obwohl sie doch genau wissen mußten, daß nicht das Gericht, sondern die Staatsanwaltschaft dafür zuständig sei. Ein solches Vorgehen wäre nur geeignet gewesen, das Gericht vor der Öffentlichkeit in ein schlechtes Licht zu setzen. Verteidiger Rechtsanwalt Lehmann verwahrt die Verteidigung ganz entschieden gegen die Unterstellung und verweist darauf, daß die Gerichte bei

#### vorliegenden dringenden Meineids- und Fluchtverdacht

sonst sofort alle Maßnahmen zu treffen pflegen im Sinne der Anregung der Verteidigung vom letzten Montag. Nach Rücksprache mit Sachverständigen und der französischen und englischen Sprache genügend mächtigen Leuten ist die Verteidigung der Auffassung, daß das Gericht den einschlägigen § 7 falsch überseht bzw. ausgelegt hat. Vorsitzender Landgerichtsrat Dr. Messinger: Die Sache ist durch Gerichtsbeschluss erledigt und ich entziehe Ihnen hierüber das Wort. Verteidiger Rechtsanwalt Lehmann protestiert dagegen und bittet, dies zu protokollieren.

Es kommt darauf ein Gutachten des Kreisarztes Wagner, datiert von Saarlouis unter dem 27. Februar, zur Verlesung, wonach Dr. Hector zurzeit unfähig sei, vor Gericht zu erscheinen. Oberstaatsanwalt Dr. Keller beantragt unter diesen Umständen, die Verhandlung auf drei Tage auszusetzen. Rechtsanwalt Stegmann: Dagegen haben wir nichts einzuwenden. Ich muß aber auch meinerseits entschieden gegen die Tonart protestieren, die der Vorsitzende gegen uns beliebt hat. Wir haben lediglich unsere Pflicht getan, wenn wir bei einem dringenden Verdacht des Meineides und der Flucht beim Gericht anregten, die erforderlichen Schritte dagegen zu unternehmen. Wir haben, wie aus der Presse ersichtlich, lediglich dies dem Gericht dringend nahegelegt, nicht aber einen Antrag auf Erlass eines Haftbefehls gestellt. Im weiteren Verlauf der Verhandlung verzichtet die Verteidigung auf die Ladung der Bakker, da sie erfahren habe, daß nicht diese, sondern eine bei Herrn Hector weilende belgische Dame die französische Übersetzung des einen Briefes angefertigt hat. Sie beantragt als Zeugen zu laden Herrn Fine von der Stadtverwaltung Saarlouis, der befunden soll, daß Anfang 1920 der betreffende Bericht nach Paris abgegangen ist, ferner den Stadtverordneten Leisten-Schneider, der bei Aufertigungen der Abschriften mitgewirkt hat. Vorsitzender Landgerichtsdirektor Messinger teilt mit, daß das Gericht in diesem Sinne beschließt und die Verhandlung auf Samstag, den 3. März, vormittags 8.30 Uhr vertagt.

Bei der Verhandlung am 3. März traten an Stelle der beiden früheren Rechtsanwälte Hectors, die bekanntlich dessen weitere Vertretung abgelehnt hatten, die Rechtsanwälte Dr. Fleisch und Stenglein auf und verfasen eine Erklärung Hectors, die besagt, daß dieser sich

#### „nachträglich erinnert habe“,

die beiden ihm zur Last gelegten Briefe verfaßt zu haben. Das Begleitschreiben sei zwar abgefaßt und vervielfältigt, aber nicht an Clemenceau abgeschickt worden. Seine Anwälte behaupteten, daß nach den angestellten Nachforschungen in Paris der zweite Brief eingegangen, daß aber von dem Begleitschreiben dort keine Spur zu finden sei.

Die Verteidiger Franke wiesen darauf hin, daß es unmöglich sei, Poincaré und Tardieu als Zeugen zu laden.

Der Rechtsbeistand Hectors berief sich auf die Paragraphen 158 und 163, womit

#### er die Tatsache des jahrelängigen Meineides zugibt,

aber mildernde Umstände bei der Beurteilung dieser Aussage in Anspruch nimmt. Es wurde ein ärztliches Gutachten vorgelegt, nach dem Hector vor Ablauf von 14 Tagen nicht vor Gericht erscheinen könne. Die Rechtsvertretung Hectors scheint auf die Vertagung der Verhandlungen abzugeben. Die Rechtsanwälte

Lehmann und Stegmann als Verteidiger Franke verlangten die Fortführung der Verhandlungen und stellten den Antrag auf Erstattung eines ärztlichen Gutachtens durch drei bedeutende Saarbrücker Ärzte. Das Gericht schloß sich dem Antrage an. Die Verhandlung wurde auf Montag, 5. März, vertagt.

## Die Presse zum Hector-Prozeß.

Zum Prozeß Hector schreibt die „Saarbrücker Landeszeitung“:

Mit Hector sitzen auf der Anklagebank der Völkerbundsrat und die gesamte Regierungskommission. Sowohl der Völkerbundsrat wie die Regierungskommission sind des öfteren vor Hector gewarnt worden. Schon im Weißbuch der deutschen Regierung vom Jahre 1921 wurde Hector des Landesverrats beschuldigt. Diese Vorwürfe wurden des öfteren in öffentlichen Versammlungen des Saargebietes wiederholt. Die Denkschrift der Parteien, die zum Anlaß des jetzigen Prozesses wurde, hat diese Vorwürfe mit urkundlichem Material belegt. Alle Warnungen haben nichts gefruchtet. Der Völkerbundsrat hat Hector im vergangenen Herbst auf ein weiteres Jahr bestätigt. Beide Instanzen, der Völkerbundsrat und die Regierungskommission, können ihre Hände nicht in Unschuld waschen. Es wäre außerdem höchst verwunderlich und sonderbar, daß die Herren, die in Paris bei den maßgebenden Stellen nach Belieben ein- und ausgehen können, nichts von diesen belastenden Briefen gewußt haben sollten. Wenn die Regierungskommission und der Völkerbundsrat Wert darauf legen, ihre durch den Fall Hector aufs schwerste in Mitleidenhaft gezogene Autorität zu retten, dann bleibt ihnen nur der einzige Weg, kurz entschlossen ihre bisherige Politik der Entdeutschung aufzugeben und sich auf eine Politik der Volkswohlfahrt und Gerechtigkeit umzustellen. Wir müssen verlangen, daß jetzt endlich den Forderungen der Bevölkerung Genüge getan wird und das saarländische Mitglied der Regierungskommission in einer allgemeinen Volkswahl gewählt wird. Nur bei Erfüllung dieser Forderungen ist auch die restlose Sicherheit für die persönliche Lauterkeit und Geeignetheit des saarländischen Mitgliedes der Regierungskommission gewährleistet.

Unter der Überschrift: „Mann über Bord!“ schreibt n. a. die „Volkstimme“:

Selten dürfte der Verlauf eines Gerichtsprozesses eine so katastrophale Wendung genommen haben, wie bei Hector. Dabei hatte dieser Mensch, der doch alle dunklen Punkte in seiner Tätigkeit kannte, sich breitspurig der Staatsanwaltschaft als Nebenkläger (1) angeschlossen. Getrieben von seinem krankhaften Ehrgeiz und Größenwahn, kammerte er sich gegen den Willen aller an sein Amt. Dazu kam wohl noch der Appetit nach der Hunderttausendfrankenprämie. In Sicherheit gewiegt, beurtelte er seine Positionen in dem Prozeß gegen Franke besser, als sie waren. Noch im katastrophalsten Stadium der Zeugenvernehmung kammerte sich seine Unzulänglichkeit an die faule Wand der Hoffnung, daß die Originaltexte seiner landesverräterischen Schreiben nach Paris nicht gefunden würden.

Die moralische Seite Hectors! Morgens bei Beginn des Prozesses leistet er den Eid auf die Wahrheit seiner Aussagen. Abends stellt er die ihm nachgewiesenen Taten in Abrede. Berufst sich bei seinem Leugnen ausdrücklich auf seinen Eid. Als Vertreter des Völkerbundes kann ihm nichts geschehen. Schade! Beim Völkerbunde wird er jetzt doch hoffentlich nicht mehr lange in Arbeit stehen! Dann, wenn er seiner hohen Würde und Würde entledigt ist, wird sich hoffentlich Gelegenheit bieten, zu prüfen, wie schwer seine irdischen Aussagen wiegen. Ja, ja, das „Unglück“ schreitet schnell!

Ein neuer deutscher Vertreter in der Regierungskommission wird jetzt notwendig. Nunmehr wird man auch in Genf erkannt haben, daß es mit der bisherigen Art, den Mann aus dem Saargebiet zu benennen, ein Ende haben muß. Die politischen Parteien und die Landesratsfraktionen müssen sofort zusammentreten und sich mit der Sache befassen.

Die Wendung, die der Beleidigungsprozeß Hector durch den dringenden Meineidsverdacht des Mitglieds der Regierungskommission nahm, hat auch in der Pfalz, wo man die Verhandlung mit dem größten Interesse verfolgte, ungeheures Aufsehen hervorgerufen, trotz der großen Räte, in denen sich die Pfalz selbst zurzeit befindet. Das große Interesse der Pfälzer an dem Prozeß ist nicht nur durch die geographische Lage des Saargebietes gegenüber der Pfalz begründet, sondern auch durch die Tatsache, daß der „Friedensvertrag“ eine größere Anzahl Pfälzer dem Regime der Regierungskommission unterstellt hat. Die „Pfälzische Rundschau“, die zu dem Fall Hector in einem Leitartikel Stellung nimmt, betont, es lasse sich jetzt schon sagen, daß, wie der Prozeß auch ausfallen möge, Hector derart kompromittiert sei, daß man vom Völkerbund erwarten müsse, daß er diesen Vertreter möglichst bald abberuft.



## Der Streit auf den Saargruben.

Die Arbeitslosigkeit in der Hütten- und Metallindustrie des Saargebietes.

Von Ewald Sommer.

Der mit einer bewunderswerten Einigkeit und Disziplin geführte Streit der Gesamtbelegschaften löst seitens der französischen Bergverwaltung mit stillschweigender und teilweise offener Unterstützung der Regierungskommission Gegenmaßnahmen aus, die anscheinend zu einer Katastrophe führen sollen. Obwohl im ganzen Saargebiet, besonders aber in den großen Arbeiterdörfern eine geradezu musterghütige Ruhe herrscht und die Streikposten eine wirklich vornehme Zurückhaltung an den Tag legen, versucht ein Teil des Militärs, dem man vor seinem Einrücken nach dem Saargebiet die reinsten Schauerärmern von zerstörten Grubenanlagen und bedrohten französischen Beamten erzählte, die Streikenden zu provozieren. Es ist bezeichnend, daß obwohl die oberste Polizeiverwaltung dem Hauptstreikschuß zugeben mußte, daß das Militär nur innerhalb des Grubenterrains sich aufhalten darf, es in den letzten Tagen dennoch auf öffentlichen Wegen in verstärktem Maße die Streikposten belästigte. So wurden am ersten Streit-Mittwoch ruhig nach Hause gehende Streikposten von zehn französischen Soldaten abgefaßt, mit aufgefanztem Bajonett nach der Grube Camphausen gebracht und dort ihre Personalien festgestellt.

Die Regierungskommission hofft auf diese Weise die Bevölkerung provozieren zu können, um dann den Belagerungszustand, ein bestelltes Mittel zur Mundtotmachung der öffentlichen Meinung, verhängen zu können.

Ungefähr 600 Belegschaftsmitgliedern, meist Vertrauensleuten der Arbeiterorganisationen, hat die Bergverwaltung die Arbeitspapiere nach Abzug einer sog. Kontraktbruchsstrafe zugestellt. Durch diese Maßnahmen wird die Widerstandskraft der Belegschaften aber nicht erschüttert, sondern gestärkt. In den zahlreichen, von Tausenden besuchten Belegschaftsversammlungen, erklärten die Arbeiter durchzuhalten und wenn der Kampf noch monatelang dauern sollte.

Durch Absperrung des elektrischen Stromes sowie eingeschränkter Gasproduktion sucht die Bergverwaltung unter Vertragsbruch gegenüber den Abnehmern die Saarbevölkerung, gegen die Streikenden aufzuheben. Die Annahme der französischen Propaganda, als sei mit der Einführung der Frankenslohnzahlung bei den Arbeitern der Saargruben ein Keil in die Bevölkerung getrieben, hat sich erfreulicherweise nicht bewahrheitet. Im Gegenteil, die gesamte Bevölkerung steht einmütig hinter den Belegschaften.

Hand in Hand mit der Bergverwaltung gehen die französischen Besitzer der Saarlüttenwerke. Das Dillinger-Hüttenwerk, dessen Generaldirektor ein ausgesprochener Deutschenhasser ist, machte den Anfang und zwang schon am zweiten Tag des

Bergarbeiterstreiks, dem sich auch sämtliche Metallarbeiter der Saargruben restlos angeschlossen haben, ungefähr 3000 Arbeiter dieses Werkes zum Feiern. Im Anfang schien es, als wenn die übrigen drei, sich ganz in ausländischem Besitz befindlichen Werke eine rühmenswerte Ausnahme machen und ihre Arbeiter mit Notstandsarbeiten beschäftigen würden. Nun scheinen sich diese Werke aber auch dem französischen Druck gebeugt zu haben und heurlaubten ihre Arbeiter ohne Bezahlung. Bei der im Saargebiet herrschenden Leuerung bedeutet dieses rigorose Vorgehen einen schweren Schlag gegen die Hüttenarbeiterschaft. Die Arbeitererschaft weist mit Recht darauf hin, daß im Jahre 1919, als den damals sich noch in deutschen Händen befindlichen Werken die Kohlen von der französischen Militärbehörde solange gesperrt wurden, bis sie sich zur Aufnahme französischen Kapitals bereit fanden, die Werke ihren Arbeitern wochenlang den Lohn zahlten mußten.

Die ganze Erbitterung dieser Arbeiterschaft, sowie auch der Arbeiter der Maschinenindustrie, die wegen Strommangels feiern müssen, richtet sich gegen die französische Bergverwaltung und die Regierungskommission. Gegen letztere besonders wegen der Unterstützung der französischen Bergverwaltung und ihres durchaus passiven Verhaltens in der Frage der Arbeitslosenunterstützung, trotzdem die Organisationen die Regierungskommission aufgefordert hatten, ihre Pflicht zu tun. Auch die Metall- und Hüttenarbeiter fühlen instinktiv, daß es sich bei diesem großen Kampfe neben der Lohnfrage um die Frage der wirtschaftlichen Freiheit handelt. Der Frankentaumel ist verflogen. Die gesamte Arbeiterschaft sieht, daß sie ein willenloses Ausbeutungsobjekt französischer Kapitalisten und ein politisches Schachernobjekt des französischen Machtdünkels werden soll.

Welcher ist das Verhalten sehr vieler „deutscher“ Gruben- und Hüttenbeamten ein direkt beschämendes. Besonders unter ersteren glauben viele, sich zum Büttel der französischen Grubeningenieure mißbrauchen lassen zu müssen. Auch die sog. „deutschen“ Beamten der Regierungskommission, besonders „Monsieur“ Dr. Hector hüten sich, Partei zu ergreifen für die kämpfende und ausgesperrte Arbeiterschaft. Dasselbe trifft von einigen Verwaltungsbeamten zu. Der Herr Landrat von St. Ingbert, ein gewisser Dr. Maurer, und der zweite Beigeordnete der Stadt St. Ingbert, ein früherer Sekretär des deutschen Metallarbeiterverbandes, versuchen mit den schäblichsten Mitteln die Widerstandskraft der Belegschaft der St. Ingberter Grube zu brechen.

Die Arbeiterschaft hat natürlich diese Machinationen durchschaut und hält um so fester zusammen.

## Der Streit der Saarbergleute.

Der am 5. Februar von der gesamten Belegschaft der Saargruben einmütig begonnene Streit geht ohne Abschwächung weiter. Die Disziplin der Streikenden ist vorbildlich, so daß auch sämtliche Provokationsversuche des französischen Militärs und alle Druck- und Einschüchterungsmaßnahmen der französischen Grubenleitung nicht den geringsten Einfluß auf die ruhige Haltung der Bergleute auszuüben vermochten. Völlig im Dienste der französischen Bergverwaltung steht natürlich die Saarregierung, die, obwohl sie erst kürzlich in einer Note an den Völkerbund erklärt hat, daß die Einsetzung der französischen Besatzungstruppen zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung nur auf ausdrückliche Verfügung der Saarregierung erfolgen darf, tatsächlich die unberechtigt anwesenden französischen Saartruppen bereits am zweiten Streiktag einsetzte und dadurch zu einer Verschärfung der Lage beitrug. Für eine solche Maßnahme lag nicht der geringste Anlaß vor, da die Gewerkschaften einen tadellos arbeitenden Ordnungsdienst eingerichtet haben, der auch die Verrichtung der Notstandsarbeiten regelt usw.

Die Organisationen hatten gegen die Verwendung französischen Militärs bei der Regierungskommission Beschwerde erhoben. Diese teilte in einem Schreiben mit, daß die Regierungskommission erst Maßnahmen ergreifen hat, nachdem festgestellt worden war, daß bestimmt trotz ihrer Bemühungen die Freiheit der Arbeit in verschiedenen Ortschaften eingeschränkt worden war und daß Leute, die sich zur Arbeit begeben wollten (?), zurückgehalten und sogar mißhandelt worden waren. Die Verantwortung für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung fällt zuallererst der Regierungskommission zu, welche mit dieser Aufgabe niemand und keine Organisation betrauen kann. Sie wird dieser Pflicht auf jeden Fall nachkommen.“

Aus diesen letzten Sätzen ist die ganze Absicht zu erkennen, die die Saarregierung mit dem Einsetzen französischen Militärs, das, wie gemeldet, durch Tanks verstärkt wurde, verfolgt. Der gut arbeitende Ordnungsdienst der Organisationen ist den Regierungs- und Propagandaherren sehr unangenehm, da er tatsächlich die Ruhe und Ordnung gewährleistet. Die Regierungskommission und die hinter ihr stehenden französischen Annektionisten aber brauchen Unruhe und erregte Volksmassen, um ihre Ausweisungstaktik und Gewaltpolitik vom August 1920 im Interesse ihrer Abtrennungsbestrebungen wiederholen zu können. Deshalb gab man dem französischen Militär bestimmungswidrig Polizeigewalt mit der Geheimanweisung, die Bevölkerung durch scharfes, herausforderndes Vorgehen zu reizen, um damit die Verhängung des Belagerungszustandes begründen zu können. Wir teilten einige solcher Provokationsversuche bereits in unserer letzten Nummer mit. Die Streikenden ließen sich aber nicht provozieren, sondern hielten sich streng an die Anweisungen ihrer Organisationen. Daß man die eben gekennzeichnete Taktik verfolgte, beweist die Ausweisung des Gewerkschaftssekretärs Großmann von den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften.

In diesem Zusammenhang ist eine Auskunft von Interesse, die die oberste Polizeiverwaltung der Hauptstreikleitung gab. Danach hat sie an die Polizeibehörden (Landratsämter und Bürgermeistereien) eine Anweisung gegeben, derzufolge das Militär nur zum Schutz der Gruben, der französischen Beamten und deren Familien zugezogen wurde. Das Militär dürfe nur da einmarschieren, wo es von der Polizeibehörde dazu aufgefordert werde. Also nicht um Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten — denn diese waren nirgends gefährdet — sondern zum



Schule der Gruben, die gleichfalls nirgends gefährdet war. Es ist mit Recht von den Organisationen darauf hingewiesen worden, daß der Saarbergmann noch nie sich an den Grubenanlagen in irgendeiner Weise vergreifen hat.

Es bleibt immer und immer wieder nur der eine Grund übrig, man wollte provozieren, die Streikenden zu Unbefonnenheiten veranlassen, um dann mit einem Schein des Rechts unter der Diktatur des Belagerungszustandes das Saargebiet wieder einmal von unbequemen Elementen zu säubern. Das ist den Herrschaften nicht gelungen.

Deshalb versuchte man eine andere Taktik. Durch künstliche Hervorbringung von wirtschaftlichen Schwierigkeiten ging man darauf aus, die einzelnen Bevölkerungsteile gegeneinander aufzuheben. Die Grubendirektion sperrte die Stromzufuhr für die Privatabnehmer, wie Kommunal-, Industriebetriebe usw. Man „begründete“ diese Maßnahme damit, „daß infolge Arbeitsstörungen im Grubenbetrieb bemerkbar machten“, daß es deshalb unmöglich sei, den vollen Betrieb der elektrischen Zentrale aufrecht zu erhalten und sie daher gezwungen sei, die Versorgung der Verbraucher einzustellen, da sie den notwendigen Strom zur Sicherung der Grubenbaue reservieren müsse.“ Wie wahr diese Behauptung ist, ergibt sich aus der Tatsache, daß die Streikleitung von Anfang an zu diesem Zwecke die notwendigen Leute zur Verfügung gestellt hat. Es handelt sich also um eine ganz willkürliche Maßnahme der Grubendirektion, die damit hofft, auf die Streikenden einen Druck auszuüben. Denn tatsächlich hat diese Maßnahme große Störungen im Wirtschafts- und Verkehrsleben des Saargebiets zur Folge gehabt. In den meisten Orten des Saargebiets, so in Saarbrücken, Saarlouis, Metzig, Neunkirchen usw. leuchte die elektrische Beleuchtung entweder ganz oder teilweise aus. Die Geschäfte sehen sich gezwungen, die öffentlichen Verkaufsstunden zu verlegen und ihre Läden bereits bald nach 4 Uhr zu schließen. Auch der Straßenbahnbetrieb mußte zum Teil völlig eingestellt werden. Besonders schwer wurden die Industriebetriebe betroffen, die auf den elektrischen Strom der Bergwerkzentralen angewiesen sind. So mußten mehrere größere Werke in Saarbrücken, wie Ehrhardt u. Schmer, Dingler u. Kärcher, Brown, Bowerl u. a., die Arbeit, soweit die Maschinen durch Kraftstrom getrieben werden, einstellen.

Auch die Zufuhr von Gas ist in Saarbrücken wesentlich eingeschränkt worden, so daß täglich 14 Sperrstunden eingelegt werden mußten.

Im übrigen ist festzustellen, daß die „Begründung“ der Stromabspernung auch ein wertvolles Eingeständnis der französischen Mißwirtschaft auf den Saargruben enthält, wenn die „Sicherung der Grubenbaue“ vorgeschoben wird. Tatsächlich sind auch schon einige Brüche in den Gruben gefallen. Wenn man aber schon nach acht Tagen Streit den Notkredit erläßt, daß hier und da große Störungen innerhalb des Grubenbetriebes vorgekommen sind, dann ist das der beste Beweis, daß die Gewerkschaften früher Recht hatten, wenn sie sagten, daß für einen guten Ausbau der Grube zu wenig Leute beschäftigt würden. Die örtlichen Betriebsverwaltungen haben schon seit längerer Zeit in diesem Punkt gespart und nach Möglichkeit alle Arbeiter produktiv beschäftigt. Dieses macht sich jetzt in einer unangenehmen Weise für den Grubenbetrieb bemerkbar. Bekanntlich war gerade dieser Raubbau auf Kosten der Sicherheit der Gruben mit ein Grund des jetzigen Streiks. Im übrigen haben sich die Streikenden bereit erklärt, alle notwendig werdenden Notstandsarbeiten auszuführen. Dort, wo Brüche gefallen sind, sind hinreichend Bergleute angefahren, um die Brüche zu beseitigen. Verlangt wurde allerdings, daß die örtliche Grubenverwaltung dem betreffenden Sicherheitsmann Gelegenheit gibt, sich von der Notwendigkeit dieser Arbeiten zu überzeugen. Wo das geschieht, werden zielungslos alle Arbeiten verrichtet. Infolgedessen trägt nicht die Streikleitung, sondern die Betriebsverwaltung die Verantwortung, wenn hier und da Streden zusammenbrechen und nicht aufgebaut werden.

Ein Kapitel für sich ist die schnelle Stilllegung besonders der Hüttenwerke, die sich ganz oder überwiegend in französischer Hand befinden. An erster Stelle steht die Dillinger Hütte, die sich bekanntlich ganz in französischem Besitz befindet. Sie legte bereits am zweiten Streiktag der Bergleute ihren Betrieb wegen angeblichen Kohlen- und Koksmangets still und setzte die Hüttenarbeiter auf die Straße. „Sie möchten sich dafür bei den streikenden Bergarbeitern bedanken.“ Das Neunkirchner Eisenwerk tat ein Ähnliches acht Tage später. In einer Bekanntmachung des Werkes über die volle Stilllegung in allen Abteilungen heißt es in durchsichtiger Weise u. a.: „Die längere Dauer des Streiks und der damit sich stark vermindernde Bestand an Kohlen zwingt uns jetzt, selbst den Betrieb der letzten zwei Hochöfen einzustellen. Hierdurch kommt der Betrieb in allen Abteilungen bis auf einen kleinen Teil der Koksanlage zum völligen Erliegen. Es erlischt hiermit die Arbeitsgelegenheit für alle Arbeiter, soweit sie nicht

bei dringenden Reparaturen beschäftigt sind. Mit dieser Ankündigung sind alle Anlagen der Werkleitung an die Arbeitervertreter hinfällig geworden.“

Jeder Eingeweihte aber weiß, daß die Arbeitsmöglichkeiten tatsächlich nicht erschöpft sind. Die Saarregierung sieht sich, da diese Maßnahme im Interesse des französischen Bergismus zu liegen scheint, natürlich in diesem Falle nicht veranlaßt, irgendwie einzugreifen, während die Hüttenbetriebe, wie gerade auch das damals noch allein in deutscher Hand gewesene Neunkirchner Eisenwerk, damals, als die französische Grubenverwaltung durch Entziehung der Kohlen — um die Aufnahme französischen Kapitals zu erzwingen — alle Werke zum Erliegen brachte, durch die Saarregierung gezwungen wurden, alle Arbeiter weiter zu beschäftigen und zu bezahlen.

Das, was man mit diesen Maßnahmen zu erreichen hoffte, nämlich die Bevölkerung gegen die streikenden Bergleute aufzuheben, hat man jedoch nicht erreicht. Im Gegenteil, die Streikenden haben in allen Bevölkerungsteilen volle Sympathie. Das beweist u. a. ein Beschluß des Schachvereins für Handel und Gewerbe in Neunkirchen, sämtlichen streikenden Bergarbeitern mit sofortiger Wirkung beim Einkauf von Artikeln des notwendigen Lebensbedarfs im Lebensmittelhandel einen Rabatt von 5 v. H., in allen anderen Branchen einen Rabatt von 10 v. H. zu gewähren. Bei besonders bedürftigen Fällen, die von der Bezirksstreikleitung durch eine Bescheinigung als solche bezeichnet werden, ist der Rabatt nach Ermessen zu erhöhen.

Noch weiter gingen die Geschäftsleute von Eisersberg, die einstimmig beschlossen, die Waren, die täglichen Bedarfsartikel zum Selbstkostenpreis abzugeben, solange die Arbeitsniederlegung dauert. Die Bäcker des Ortes haben bereitwilligst den Preis des Brotes bedeutend herabgesetzt. Weiter hat jeder für bedürftige Bergleute 50 000 Mark gezeichnet. Auch die Geschäftsleute werden dem Beispiele folgen. Also erklärten sich sämtliche Geschäftsleute mit den Arbeitern solidarisch. Es wurde betont, daß wir alle Arbeiter sind und einer dem andern, wenn's schwer und hart geht, helfen müsse.

Im übrigen ist die Zahl der Arbeitswilligen so gering, daß von solchen überhaupt nicht gesprochen werden kann. Diese Tatsache beweist am besten, daß der vor einigen Wochen „gegründete“ „Saarbund“ — ein Nachwerk des französischen Propagandabüchse Richert — tatsächlich nur auf dem Papier steht und keinerlei Anhänger hat. Dieser „Saarbund“ hatte „keine Mitglieder“ aufgefördert, sich nicht an dem Streit zu beteiligen.

In einer am 28. Februar in Ensdheim unter sehr starkem Besuch stattgefundenen Versammlung erbrachte den Beweis, daß die Saarbergleute fest entschlossen sind, den Streit zum guten Ende zu führen. Das Hauptreferat hielt der Führer des örtlichen Gewerksvereins, der in längeren Ausführungen auf die Entstehungsgeschichte des Streiks einging und unter anderem feststellte, daß alle Befürchtungen und Hoffnungen auf der anderen Seite, die Streikenden könnten des Kampfes müde werden, grundlos seien. Die Bergarbeiter bekundeten durch laute Zurufe, daß sie den Ausführungen des Referenten mit Begeisterung beistimmen. Mit besonderem Beifall wurde auch aufgenommen, daß die Kassen wohl gefüllt seien, um einen längeren Kampf auszuhalten, und daß der Gewerksverein all sein Hab und Gut daran setzen werde, ihn zu gewinnen. Nicht eher solle die Arbeit wieder aufgenommen werden, ehe alle Forderungen erfüllt und die Forderung gegeben sei, daß die Gemahregelten wieder eingestellt und die Koalitionsfreiheit gestichert sei. Ein Vertreter des alten Bergarbeiterverbandes richtete an die Versammlung die Frage, ob sie des Streiks leid seien — ein lautes Nein antwortete ihm. Eine Bergmannsrau mahnte ihre Mitschwester ebenfalls zum Durchhalte.

In der „Frankf. Ztg.“ findet sich eine Skizze, überschrieben „An der Saar“, in der sich über die Haltung der streikenden Bergleute folgende Stelle befindet:

Die streikenden Bergleute bleiben zu Hause und nähren sich redlich. Sie liegen im Fenster und rauchen ihre Pfeife, beschneiden die Bäume und Hecken in ihrem Gärtden oder sind zu Verwandten in die Umgebung gefahren, um ihnen bei den ersten Feldarbeiten zu helfen, die wegen des günstigen Wetters jetzt schon vorgenommen werden. Vielen scheint der Streit gerade recht gekommen zu sein. So braucht man wegen seiner Hausarbeiten nicht aus der Grube zu bleiben und bekommt doch sein Geld. Das andere macht die Organisation: wenn sie zur Arbeit ruft, dann fährt man wieder ein; wartet sie, so nimmt man sich halt vor, morgen noch ein Stück Dachpappe auf den Wagenschlappen zu nageln; und ruft sie die Leute auf die Straße, so sind sie alle da.



## Des Saargebietes Not unter der Fremdherrschaft.

Die Saarregierung im Dienste des französischen Ruhrabzuges.

Die Saarregierung stellte der französischen Besatzungsbehörde ein Gefängnis zur Unterbringung politischer deutscher Märtyrer aus dem Ruhrgebiet zur Verfügung. Nach einer Meldung des „Berl. Vol.-Anz.“ aus Essen sollen u. a. der Oberbürgermeister von Oberhausen, Havensstein, und Bürgermeister Schäfer aus Essen dort untergebracht werden.

Die Saarregierung entsandte auf Wunsch Frankreichs den Leiter des französischen Spionagedienstes im Saargebiet, den französischen Leutnant Martin, nach dem Ruhrgebiet. Er ist bereits in Essen eingetroffen. Er schien der Saarregierung für diesen Liebesdienst für Frankreich besonders geeignet, da dieses Subjekt, dem schon zahlreiche Saardeutsche zum Opfer gefallen sind, germanisches Aussehen hat und fließend deutsch mit einem Anflug von hannoverschem Akzent spricht. Wie es heißt, hat sich auch der Leiter des französischen Propagandadienstes im Saargebiet, Major Richter, ins Ruhrgebiet begeben, um seine verhängnisvolle Tätigkeit auch dort auszuüben.

### Der Fall Franken.

Der Präsident der Regierungskommission hat an den Generalsekretär des Völkerbundes in Sachen Franken folgendes Schreiben gerichtet:

Saarbrücken, den 20. Januar.

Herr Generalsekretär!

Ich habe die Ehre, Ihnen in der Anlage eine von gewissen Persönlichkeiten des Saargebietes an den Völkerbundrat gerichtete Denkschrift vom 18. Januar, welche mir am 19. zugeing, zu überreichen.

Sie bezieht sich auf einen meiner Mitarbeiter, M. Franken, Chefingenieur der französischen Grubenverwaltung (Ingénieur en Chef au corps des Mines Français), welcher seit 1920 die Funktionen eines Berghauptmanns im Saargebiet inne hat und seit jener Zeit mit der Leitung der Sozialversicherung beauftragt ist.

Auf Wunsch habe ich diesem hohen Beamten am 6. Januar einen von ihm erbetteten Urlaub bewilligt; wenn er seit seiner Beurlaubung von seiner Regierung eine neue Bestimmung erhalten hat, so habe ich um so weniger Grund, dadurch überrascht zu sein, als wiederholt deutsche Beamte nach kürzerem oder längerem Dienst bei der Regierungskommission ausgetreten sind.

Es ist klar, daß vom 6. Januar ab M. Franken keine Bezahlung mehr von der Regierungskommission erhalten wird.

Genehmigen Sie usw.

gez. B. Rault.

Hierzu bemerkt die „Saarbrücker Landeszeitung“:

Wir wissen nicht, ob der Ausdruck „gewisse Persönlichkeiten“ auch im Französischen den verächtlichen Beigeschmack hat wie im Deutschen. Jedenfalls steht das fest, daß diese „gewissen Persönlichkeiten“ die gewählten Vertreter des Volkes waren, außerdem die Vorstehenden der politischen Parteien. Sie sind nicht Kröte und Flöte, die man einfach mit „gewissen Persönlichkeiten“ abtun kann. Sehr interessant ist auch die Feststellung, daß Herr Franken der Oberingenieur der französischen Grubenverwaltung ist. Das war bisher weitesten Kreisen der Bevölkerung des Saargebietes nicht bekannt. Er war also gleichzeitig aktiver französischer und Saar-Geleitsbeamter und hat das Kunststück fertig gebracht, zwei Herren zugleich zu dienen.

Und die „Saarbrücker Zeitung“ bemerkt hierzu:

Herr Rault läßt es sich einfach von der französischen Regierung gefallen, daß sie ohne jede Verständigung über seine Beamten verfügt. Wir sind darüber ebenso wenig wie Herr Rault überrascht, er darf sich dann aber auch nicht wundern, wenn hier die Meinung sich bildet, daß die Regierungskommission nach den Direktiven von Paris handelt. Es handelt sich hier um einen französischen Beamten. Würde Herr Rault wohl so liberal sein, wenn ein deutscher Beamter während eines Urlaubes Dienste für die deutsche Regierung verrichten würde, die ihre Spitze gegen Frankreich führen? Wir glauben wohl kaum. Aber gleiches Recht für alle muß doch der Grundsatz der Regierung sein. Im Saargebiet gilt dieser Grundsatz freilich nicht. Das Begleitschreiben der Regierungskommission hat erst ihre recht prekäre Lage in dem Falle Franken enthüllt, die auch für den Völkerbund in gleicher Weise prekär ist. Herr Franken ist vom Völkerbund auf seinen Posten im Saargebiet berufen worden. Es ist nicht anzunehmen, daß der Völkerbund von der anderweiten Berufung des Herrn Franken verständigt worden ist, denn sonst wäre seine „Beurlaubung“ durch Herrn Rault nicht erforderlich gewesen. Kann der Völkerbund einen Beamten, der sich ihm zur Verfügung gestellt hat, sich so einfach

vor der Nase wegnehmen lassen, und kann er ihn wieder auf seinen Posten zurückkehren lassen? Wir glauben kaum, wenn er nicht seine Abhängigkeit von Frankreich nach außen hin so offen erkennbar werden lassen will. Der Fall Franken hat erst durch das Begleitschreiben der Regierungskommission eine interessante Note bekommen.

### Eine neue Ausweisung aus dem Saargebiet.

Durch eine Verfügung der Regierungskommission vom 19. d. Mts. i. V. unterzeichnet von Rollin, ist der erste Geschäftsführer der Saarbrücker Geschäftsstelle des Gewerkschaftsbundes, Walter Grohmann, plötzlich ausgewiesen worden. Die Verfügung hat den hinsichtlich bekannten Wortlaut unter Bezugnahme auf den Versailleser Vertrag; als Veranlassung zu der Maßregelung, die einen Deutschen aus dem Saargebiet ausweist, wird lediglich angeführt, daß Walter Grohmann erst seit dem 24. April 1922 seinen gesetzlichen Wohnsitz in Saarbrücken hat, daß dessen Aufenthalt im Saargebiet nach eingehender Prüfung der Umstände die „öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit gefährden“ kann, und daß ihm daher die Aufenthaltsgenehmigung im Saargebiet entzogen wird, das er innerhalb einer Frist von 24 Stunden nach der Aushändigung der Ausweisungserfügung zu verlassen hat. Wie der „Saarbrücker Zeitung“ vom Gewerkschaftsbund der Angestellten versichert wird, stand Herr Grohmann dem politischen Leben im Saargebiet völlig fern, er hat lediglich die wirtschaftlichen Interessen der im Gewerkschaftsbund organisierten Angestellten wahrgenommen. Den Grund zu der Ausweisung glaubt der Bund in der Unterzeichnung des am 13. Januar in der gesamten Presse des Saargebietes erschienenen Artikels „An das erwerbstätige Volk im Saargebiet“, der zu der halbständigen Arbeitsruhe-Ruhrkundgebung aufforderte, erblicken zu müssen. Vor dem Erlass der Ausweisungserfügung war Herr Grohmann auf das Amtszimmer der Obersten Polizeiverwaltung bestellt worden (am 14. Februar), wofür er von Herrn Rollin einem kurzen Verhör unterzogen wurde. Dabei wurden ihm seine Ausweispapiere einbehalten mit dem Bemerkten, daß er in den nächsten Tagen einen Bescheid erhalten würde. Als Herr Grohmann am 19. Februar nachm. 4 Uhr seine Ausweispapiere sich zurückerbieten wollte, wurde ihm mitgeteilt, daß er ausgewiesen sei und innerhalb 24 Stunden das Saargebiet zu verlassen habe. Diese Frist wurde noch nicht einmal innegehalten, denn es wurde ihm aufgegeben, bereits am nächsten Morgen um 5 Uhr früh auf der Bahnhofswache seine Papiere zur sofortigen Abfahrt in Empfang zu nehmen.

Es ist das alte Bild der rücksichtslosen Gewaltanwendung, die die Form der Ausweisung noch verschärft. Die Maßregelung stützt sich natürlich auf die famose Saareinwohnerschafts-Verordnung, mit der sich die Regierung ein Mittel verschafft hat, jeden ihr mißliebigen Deutschen, und wer wäre das nicht, kurzerhand auszuweisen, wenn er die erwähnte „Eigenschaft“ nicht besitzt. Die Saarregierung hat mit dieser Ausweisungserfügung als eine neutrale Instanz diese Linie verlassen und einseitig eine Stellung für Frankreich genommen, während der Völkerbundsrat in seiner letzten Sitzung so neutral war, diese Frage nicht anzukneipen, aber auch doch eine Billigung des französischen Vorgehens vermieß. Die Saarregierung ist somit aus dem Rahmen der Neutralität herausgetreten, was sie ja auch durch andere Maßnahmen bekundet hat: Entsendung der Herren Franken und Martin ins Ruhrgebiet, Zurverfügungstellung der saarländischen Eisenbahnen u. a. m.

Uebrigens verlautet zuverlässig, daß die Saarregierung ohne Hinzuziehung der gewählten Vertreter des Volkes eine Vorlage vorbereitet hat, die die

### allgemeine Einführung der Frankenwährung

vom 1. April 1923 ab vorkieft. Man bringt diese Maßnahme mit der Absicht der französischen und belgischen Annektionisten in Verbindung, im Rheinland eine eigene Währung zu schaffen. Auch hieraus ergibt sich die innige Zusammenarbeit der Saarregierung mit der französischen Regierung.

### Die Zukunft des Saargebietes in weltlicher Beleuchtung.

Bei einem Frühstück eines der bekannten großen Handels- und Industrieverbände, das unter dem Vorsitz des früheren Präsidenten der Reparationskommission Louis Dubois stattfand, sprach der der Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten angehörende Abgeordnete Herr über die Zukunft des Saargebietes. Er würdigte die Bemühungen der vom Völkerbund eingesetzten Saarregierung, einen Deutschland gegenüber autonomen Staat zu schaffen, und die Verdienste der französischen



Bergverwaltung, der es gelungen sei, die Produktion zu erhöhen. Der Redner bestätigte, daß die Franzosen im Saargebiet 60 Prozent der Aktien in allen Werken der Metallindustrie erworben haben, was ihnen nur in einem einzigen Unternehmen nicht gelungen sei. Dieses sei in den Händen des Deutschen Röchling, des Besitzers der nordfranzösischen Industrie, geblieben. Die Einführung der Frankenwährung, die von allen gewünscht worden sei (?), habe es ermöglicht, daß das Saargebiet dem Zusammenbruch der Mark entging. Die von den Bergwerken eingerichteten Schulen hätten den größten Erfolg gehabt. (Mit Bestechungen und Druckmitteln!) Wenn sie den Bedürfnissen und Wünschen der Bevölkerung entsprechen sollen, müssen sie sich noch weiter entwickeln. Abgeordneter Herr Verling vertrat sich sogar zu der Behauptung, die deutsche Propaganda habe durch die deutschen Gewerkschaften den augenblicklichen Bergarbeiterstreik im Saargebiet entfacht. Er verlangt eine starke französische Garnison, um die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten. (!) Am Qual d'Orai müsse ein Spezialdienst für das Saargebiet geschaffen werden. Das Parlament müsse raschestens die Gesetze über die Nationalisierung, über das Regime der Dominiat-Bergwerke und über die Errichtung neuer Zollbahnhöfe verabschieden. Zum Schluß sagte der Redner, der Augenblick sei günstig, um die Saarfrage zu lösen (?), da ja jetzt das Reparationsproblem in seiner Gesamtheit aufgerollt sei. Die endgültige und sofortige Regelung empfehle sich auch im Interesse des Friedens selbst.

Auch in diesen Ausführungen spielt das französische Militär eine Hauptrolle, obwohl bekanntlich kein französischer Soldat sich auf saarländischem Boden befinden dürfte. Frankreich macht sich aber ein besonderes Vergnügen daraus, die sogen. Versailler Vertragsbestimmungen so oft wie möglich zu brechen und zu verletzen. Und gerade, weil die französische Besatzung sich widerrechtlich im Saargebiet aufhält, benimmt sich die Gesellschaft

#### herausfordernd und brutal wie im Ruhrgebiet.

So wurde im Gemeinderat Sulzbach Beschwerde darüber geführt, daß seitens eines französischen Postens am Rathaus in Sulzbach Passanten das Betreten des Bürgersteiges verboten worden sei. Der Vorsitzende stellte fest, daß der Posten keine Berechtigung dazu hätte und stellte in Aussicht, wegen des Vorkommnisses mit der Militärverwaltung ins Benehmen zu treten.

Den Stadtverordneten von Saarbrücken wurde davon Mitteilung gemacht, daß die Militärverwaltung für Entnahme von Wasser noch 1,8 Millionen Mark schuldet und zwar besteht diese Forderung für das erste Halbjahr 1922. Erst jetzt hat auf energisches Drängen hin die Kommandantur der Saartruppen sich bereit erklärt, eine Summe von 700 000 M. als Abschlagszahlung bereitzustellen, ein Betrag, der in Anbetracht der Geldentwertung in den letzten Monaten bei weitem nicht mehr der Forderung gerecht wird, die die Werte an die Militärverwaltung zu stellen haben.

Während sich „unsere Armee“, wie sie Herr Heinz, der ehemals deutsche konservative Redakteur in Böttlingen, so zärtlich-gläubig nennt, im Saargebiet einnistet und keine Absicht bekundet, den Bestimmungen des Versailler Diktats zu entsprechen und das Saargebiet zu räumen, soll die französische Garnison in Forbach aufgehoben werden. Forbach hat ideale, völlig neue Kasernen, es liegt nur eine Wegstunde von Saarbrücken entfernt — im Saargebiet, wo sie nichts zu suchen hat, belästigt man die französische Besatzung, und Forbach, das gerne Garnisonstadt geblieben wäre, nimmt man die Garnison! Aber wie sagte doch General Serrail kürzlich im „Eclair“?

#### Der Artilleriedienst der Rheinarmee in Saarlouis.

Die Regierungskommission des Saargebietes hat in ihrem Bericht vom 22. September 1922 an den Völkerbundrat gesagt, daß das im Saargebiet befindliche französische Militär eine von der Rheinarmee unabhängige Garnisontruppe sei.

In einer Mainzer Zeitung war vor kurzem folgende Anzeige zu lesen: „Einkäufe. Der technische Artilleriedienst der Rheinarmee hat Kontrakte über sehr große Quantitäten abzuschließen:

1. Stabeisen, Schloß-Schrauben, Splinten usw.
2. Eichen, Ulmen, Buchen, Tannenholz.
3. Stillschiffe, Siftatin, pulverisiert und flüssig, schwarzen Lack, Wagenfett, Del usw.

Diesemigen Kaufleute, welche Lieferanten zu sein wünschen, sind gebeten, ihre Anfragen mit Verkaufsbedingungen innerhalb 14 Tagen an L'Officier charge des Achats, Train-Depot, Saarlouis (Saar), zu richten.“

Kommentar überflüssig.

## Kleine Tageschronik.

**Neben.** Der hiesige Knappschafftsarzt Dr. Magdeburg ist an den Folgen einer Lungenentzündung gestorben. Er war hier 30 Jahre tätig.

**Dieffen.** Gelegentlich einer Treibjagd im Gemeindevorwald wurde auch der Ortsarmen gedacht. Eine Geldsammlung zu ihren Gunsten, die von den Jagdteilnehmern veranstaltet wurde, erbrachte 20 000 Mark und 20 Franken, die dem Gemeindevorsteher zur freien Verfügung gestellt wurden.

**Hilbringen.** Eine Sammlung für drei neue Glocken, die vom Pastorat veranstaltet wurde, erbrachte 151 900 M. und 600 Franken.

**Merchweiler.** In der hiesigen Gemeinde macht sich für das kommende Frühjahr eine große Bauzeit bemerkbar. 68 Bauhilfsleute haben sich beim Gemeindevorsteher gemeldet, die bauen und von der Gemeinde Baustellen haben wollen.

**Pfälzische Nachrichten.** Der seltene Fall, daß jemand Ur-Urgroßvater wird, ist von Neustadt a. d. H. zu melden, und zwar handelt es sich um den 94jährigen Altwinger Johann Weing, der jetzt auf vier Generationen zurückblicken kann.

## Personalnachrichten.

**Obermusikmeister a. D. Albert Rühle.** Eine den Saarbrücker wohlbekannte Persönlichkeit ist am 13. Februar in Karlsruhe dahingegangen: Albert Rühle, der langjährige Stadstrompeter und Obermusikmeister der Saarbrücker 7. Infanterie. Im Revolutionsjahre 1848 in Brandenburg geboren, trat er 1868 beim Regiment Gardesducorps in Potsdam ein, mit welchem er 1870 den Feldzug gegen Frankreich mitmachte. 1873 wurde er Stadstrompeter im Infanterieregiment Großherzog Friedrich von Baden Nr. 7, dem er bis zum Jahre 1913 angehörte. Nach 50jähriger Dienstzeit trat er in diesem Jahre als Obermusikmeister in den wohlverdienten Ruhestand. Albert Rühle war in den 5 Jahrzehnten seiner Wirksamkeit in den Saarstädten eine bekannte und beliebte Persönlichkeit: alt und jung sah dieses halbe Jahrhundert hindurch Tag für Tag den strammen Soldaten an der Spitze des schmucken Infanterieregiments durch die Straßen der Stadt nach dem Exerzierplatz ziehen. Mit ihm ist wieder einer jener Alten dahingegangen, die jene Epoche deutscher Größe miterlebt und zu ihrem Teil mitgeschaffen haben, an die wir uns heute mit Wehmut erinnern. Möge der tote Saarbrücker Mann ruhen in Frieden!

**Postrat Hoffmann.** Am 24. Februar starb der Personalreferent der Oberpostdirektion des Saargebietes, Herr Postrat Hoffmann im Alter von 47 Jahren. Der Verstorbene hatte einen hervorragenden Anteil am Aufbau der Postverwaltungsverbände. In ihm verliert diese wichtige Verkehrsverwaltung eine ihrer Hauptstützen, die Beamten- und Angestelltenchaft aber das Muster eines Vorgesetzten, der sich ihrer gerechten Befolge stets mit herzlichster Wärme angenommen hat. So mancher hat ihn im wechselvollen Laufe seiner hiesigen Wirkungszeit als edlen Menschen und treuherzigen Berater schätzen gelernt.

**Todesnachrichten:** Frau Karoline Fried, geb. Siegel, 56 J.; Eisenbahnkassierer Ludwig Seel, 64 J.; Frau Dorothea Kneip, geb. Gräfer, 44 J.; Sophie Dierlein, 21 J.; Rudolf Fuchs; Kärbermeister Bernhard Hasselmann, 67 J.; Ludwig Theobald, 38 J.; Wilh. Dieblang; Frau Schulten. Geschäftsführer der Buchhandlung Penkens, 34 J.; Frau Juliane Weber, geb. Steleemann, 58 J.; Handlungsgehilfe Edmund Caries, 18 J.; pers. Lokomotivführer Jakob Schmidt, Inhaber des E. R. II. Kl. von 1870/71, 81 J.; Frau Friederike Salome Sofie Fick, geb. Müller, 72 J.; Frau Agnes Mähler, geb. Massant, 44 J.; Frau Henriette Barth, geb. Kalk, 75 J.; Leopold Christmann, 19 J.; sämtlich in Saarbrücken. — Bergfaktor a. D. Peter Georg Becker, Großwald bei Reudorf. — Julia Nadel, geb. Wang, 37 J.; Philipp Godel, 52 J.; Elisabeth Wörk, 7 J.; alle drei in Böttlingen. — Obersteiger a. D. Friedrich Wahlmann, 67 J. in Kiegersberg. — Luise Margarete Goffing, geb. Hubig, 69 J., Hühnerfeld. — Lokomotivführer i. R. Georg Anschütz, 82 J., Friedrichsthal. — Frau Therese Bockelmann, geb. Müller, Tholen. — Frau Clara Zeig, geb. Gondrom, 44 J.; Frau Anton Hamner, Merz, geb. Altmaier, 44 J.; beide in Saarlouis. — Postagent Mich. Schwarz, 75 J., Ittersdorf. — Postkassierer Heinrich Kuschel, 28 J.; Beamtensekretär Hubert Becker, 51 J.; beide in Neuentirchen. — Stadtbaurat Dipl.-Ing. Fritz Hell, 38 J.; Minna Balz, 15 J.; Frau Karoline Weber, geb. Fickert, 61 J.; alle drei in Wieselstücken. — Frau Jakob Weingardt; Maria, geb. Gabner, 69 J.; Ella Schüh, 61 Monate; Frau Luise Reinschagen, geb. Jung, 72 J.; alle drei in Ottweiler. — Frau Lina Fick, geb. Pant, 38 J., in Homburg. — Seminarhausmeister i. R. Andreas Neun, Steinbach. — Rangiermeister Carl Kneer in Reistücken. — Ludwig Trauth, 82 J., Tschheim. — Frau Magdalena



Schmitt, geb. Steinmann, 55. J., und Schreinermeister Heinrich Rings, beide in Zweibrücken.

Von der Schule. Zum Schulleiter in Lebach wurde Lehrer Leonardt einstimmig gewählt.

25jähriges Dienstjubiläum. Der protestantische Kirchendiener in Homburg, Schuhmachermeister Jakob Marlin, konnte sein 25jähriges Dienstjubiläum begehen.

### Schule und Kirche.

#### Ein neuer Schultat der Saarregierung.

Die Aufklärungsarbeit der politischen Parteien über die Gefährlichkeit der französischen Schulen für das Deutschtum hat die gleichgültigen Eltern aufgerüttelt. Immer größer wird die Zahl derer, die ihre Kinder aus der französischen Schule, denen sie sie ohne Überlegung zugeführt hatten, wieder herausnehmen und sie wieder zu der deutschen Schule bringen. Um dies zu verhindern, hat die Saarregierung eine neue Verordnung erlassen, die folgenden Wortlaut hat:

Regierungskommission  
des Saargebietes.  
Abteilung für Kultus und  
Schulwesen

Saarbrücken, 12. 2. 1923.

Die Verfügung vom 8. November 1922 Nr. A. 1661 bestimmt unter Abschnitt III, daß ein Schulwechsel nur am Schlusse des Sommersemesters, des 1. Wintertertiales oder des Schuljahres erfolgen darf.

Es ist mir nun berichtet worden, daß schulpflichtige Kinder, die auf freiwilligen Antrag ihrer Eltern zur Domanialschule übergegangen waren, während des laufenden Terials zur saarländischen Volksschule zurückgekehrt sind.

Die oben angezogene Verfügung hatte den Zweck, den vielfach hier eingegangenen Beschwerden und Klagen über den durch den fortlaufenden Wechsel verursachten unregelmäßigen Schulbesuch und die damit verbundenen Störungen des Unterrichtsbetriebs ein Ende zu machen und eine geregelte, erfolgreiche Schularbeit zu ermöglichen.

Da sich die mißlichen Folgen des beständigen Wechsels auch beim Austritt von Kindern aus der Domanialschule in die Volksschule für beide Schulen in gleicher Weise geltend machen, weise ich darauf hin, daß Überweisungen von Kindern aus der Domanialschule in die Volksschule nur zu den in der genannten Verfügung, Abschnitt III, festgesetzten Terminen zulässig sind.

Abdrücke für die Schulleiter sind beigelegt.

gez. v. Kollte-Huttfeldt.

Hierzu bemerkt die „Volksstimme“:

Auf Grund dieser Verfügung wird nun die französische Schule das erwünschte Mittel in der Hand haben, um die Eltern polizeilich zu zwingen, die einmal angemeldeten Kinder in der französischen Schule zu belassen bis zum Vierteljahreschluß. Die Herren Kollon, Colling haben es anscheinend damit sehr eilig gehabt. Wie steht es aber mit der Gefährlichkeit? Die französischen Schulen sind als Einrichtung der Grubenvorwaltung reine Privatschulen! Haben Privatschulen das Recht, Kinder durch die Polizei zum Schulbesuch zu zwingen? Bisher jedenfalls nicht! Das bedeutet eine Keuerung im Interesse der Bewerksamungsbestrebungen im Saargebiet, die schärfste Kritik verdient!

#### Die katholische Geistlichkeit gegen die französischen Schulen.

In der Frage der französischen Schulen hat die Geistlichkeit des Dekanates Saarbrücken in ihrer Gesamtkonferenz vom 5. Februar einstimmig folgende Entschliessung gefaßt: „Wir katholischen Geistlichen des Dekanates Saarbrücken verurteilen es aufs entschiedenste, daß katholische Eltern ihre Kinder in die französischen Schulen schicken. Denn diese Schulen entsprechen durchaus nicht den Anforderungen, die wir vom katholischen Standpunkte aus an eine konfessionelle Schule stellen müssen. Auch sind wir der Überzeugung, daß die französischen Schulen sich zu einer schweren Gefahr für die deutschen Schulen auswachsen werden. Deshalb sehen wir uns veranlaßt, aus Gewissenspflicht auch gegenüber unserer deutschen Saarheimat und ihrer Bevölkerung, Kinder und Eltern vor dem Besuche der französischen Schulen zu warnen.“

Die katholische Geistlichkeit des zum Saargebiet gehörigen Teiles des Dekanates St. Wendel hat gelegentlich einer Konferenz am 19. Februar d. J. zur der Frage der französischen Schulen Stellung genommen wie folgt:

1. Katholische Eltern haben die Pflicht, ihre Kinder in katholische Schulen zu schicken, wo solche bestehen. Die in Frage kommenden französischen Schulen sind keine katholischen Schulen im Sinne der Kirche.

2. Durch die Errichtung französischer Schulen neben den verfassungsmäßigen deutschen katholischen Schulen wird ein Zwiespalt in die Erziehung der Schulkinder hineingetragen, der geeignet ist, den Frieden auch in der Bevölkerung zu stören.

3. Das Bestehen der gesetzlich berechtigten deutschen katholischen Schulen wird durch die französischen Schulen stark gefährdet.

Aus diesen Gründen mißbilligen wir es aufs entschiedenste, wenn katholische Eltern ihre Kinder in die französischen Schulen schicken. Wir bitten die gesamte katholische Bevölkerung, mit uns in dieser Frage zusammenzuwirken.

Zur gleichen Frage nimmt die katholische Geistlichkeit der Saarpfalz in nachstehender Erklärung Stellung: Die katholische Geistlichkeit im pfälzischen Teil des Saargebietes schließt sich vom religiösen, erzieherischen und heimatlichen Standpunkte aus der Warnung der Saarbrücker Geistlichkeit vor der Benutzung französischer Volksschulen in unserem Gebiete vollständig an und verurteilt es gleichfalls aufs entschiedenste, daß katholische Eltern ihre Kinder in die französischen Schulen schicken. Diese Schulen entsprechen durchaus nicht den Anforderungen, die wir vom katholischen Standpunkte aus an eine konfessionelle Schule stellen müssen. Auch sind wir der Überzeugung, daß diese Schulen sich zu einer schweren Gefahr für unsere deutschen Schulen auswachsen werden. Deshalb sehen wir uns veranlaßt, aus Gewissenspflicht gegenüber unserer deutschen Saarheimat und ihrer Bevölkerung Kinder und Eltern vor dem Besuche der französischen Schulen zu warnen.

#### Ueber die französischen Schulen im Saargebiet

Schreibt u. a. die „Saarländische Schulzeitung“: „Von allen Seiten wird gemeldet, daß Kinder wieder zur deutschen Schule zurückgegangen sind. Der Kampf gegen die französische Schule ist also nicht ohne Erfolg geblieben. Wie des Öfteren gibt es auch jetzt wieder „eifrige Herren“, die aus pedantischen und bureaukratischen Kleinigkeiten der guten Sache Schwierigkeiten bereiten. Einige Schulleiter weisen Kinder, die aus der französischen Schule zurückkommen wollen, zurück, indem sie sich auf die Reg.-Verf. vom 8. 11. 22, Abs. 3 bez. Besuch der Domanialschule berufen und diese Verfügung auch auf die Kinder anwenden, die von der französischen Schule zurückkommen wollen.“

Die Vergnügungsinspektion IV beabsichtigt nach einem Grubenanschlag, nach Oftern wie in Reden und Heiligenwald, so auch in Wemmelweiler eine französische Schule zu errichten.

Der Kampf um die höheren Schulen der Stadt Merzig. Schon seit langen Monaten kämpft Merzig um den Fortbestand seiner beiden höheren Schulen — Realprogymnasium und Lyzeum. Allgemein besteht der Wunsch, daß beide Anstalten erhalten bleiben mögen und die Stadt ist zu großen Opfern stets bereit gewesen. Die immer größer werdenden Anforderungen drängen nun zu einer Entscheidung. Auf die Eingabe der Stadt im November an die Regierungskommission ist bis heute ein schriftlicher bindender Entschluß nicht erfolgt, mündliche Verhandlungen führten ebenfalls zu keinem Ergebnis, und eine Anregung im August v. J. auf Verstaatlichung der Schulen ist ohne Antwort geblieben. Die Stadt steht nun, da die Regierung eine kaum begreifliche Zögerhaltung läßt, vor der Entscheidung. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde einem Antrage zugestimmt, der besagt:

1. Es soll mit der Regierungskommission unter Darlegung der Finanzlage der Stadt nochmals in Unterhandlungen getreten werden, um wenigstens die Verstaatlichung einer Schule zu erreichen und die Weitergewährung des Zuschusses für die andere Schule zu sichern.

2. Ist die Erfüllung der Forderung zu 1 nicht erreichbar, soll gestattet werden, beide Schulen einzuschränken, um sie mit Zuschüssen durch die festangestellten Lehrkräfte weiterzuführen.

3. Ist auch das nicht erreichbar, dann sind beide Schulen abzubauen.

4. Den nicht festangestellten Lehrpersonen ist zum 1. April zu kündigen.

#### Die evangelische Geistlichkeit lehnt die Frankenbesoldung ab.

Unter dem Vorsitz des Präsidenten des Evangelischen Konsistoriums in Koblenz, Freiherrn von der Goltz, fand in Saarbrücken in Gegenwart zweier Vertreter des Evangelischen Oberkirchenrates in Berlin und des Präses der Rhein. Provinzialsynode eine zahlreich besuchte Versammlung der evangelischen Pfarrer und der Presbyter des preussischen Teiles des Saargebietes statt, in der das verlockende Angebot der Saarregierung auf Frankenbesoldung an die evangelischen Geistlichen Gegenstand eingehender Beratung war. Die Anwesenden stellten sich einmütig auf den Standpunkt, die bisherige Verbindung mit der preussischen Mutterkirche auch weiterhin aufrecht zu erhalten und alle Abtrennungsbestrebungen, welcher Art sie auch sein mögen, abzulehnen. Wenn auch bereits die katholischen Geistlichen des Saargebietes und die protestantischen Pfarrer des



pfälzischen Teiles im Saarlande von der Regierungskommission ihr Gehalt in Franken empfangen, so erfordere doch die bisherige unveränderte, durch den Vertrag verbürgte Geltung der Landes- und provinzialkirchlichen Gesetzgebung für die beiden Synoden Saarbrücken und St. Johann die Befolgung ihrer Pfarrer als Beamte der preussischen Landeskirche auch weiterhin in der Markwährung. Um aber den markempfangenden Geistlichen eine einigermaßen ausreichende Gehalts-, Ruhegehalts- und Hinterbliebenenversorgung zu sichern, wurde von Seiten des Evangelischen Oberkirchenrates mit Rücksicht auf die daraus erwachsende besondere Vertenerung der Lebenshaltung ein Ausgleichsschlag von 205 Prozent ab 1. Januar d. J. aus landeskirchlichen Mitteln zugelegt. Den einzelnen Presbyterien wurde aufgegeben, auch ihrerseits Mittel zur Behebung der wirtschaftlichen Kollage ihrer Geistlichen bereitzustellen. Mit einem Treugeldnis zur preussischen Mutterkirche schloß die für die beiden evangelischen Kreissynoden Saarbrücken und St. Johann bedeutende Versammlung.

Zur Befolgung der katholischen Geistlichen in Franken sei erwähnt, daß zwar die katholischen Pfarrer seit einiger Zeit den Staatszuschuß zu ihrem Gehalt in Franken angewiesen erhalten, einige Herren sich jedoch weigern, diese Beträge in Franken anzunehmen. Die große Mehrzahl der katholischen Geistlichkeit jedoch, die Vikare und Kapläne, werden wie bisher nicht in Franken und nicht von der Regierung, sondern vor der Kirche besoldet.

**Preußen und die Philologen des Saargebiets.** In den Kreisen der Philologen im Saargebiet bestehen, wie sich sehr deutlich bei der Behandlung des Falles Brettar gezeigt hat, unzutreffende Auffassungen über die Aufstiegsmöglichkeiten, die die Philologen im übrigen Deutschland sowohl wie auch in Preußen haben. Maßgebend für die Beurteilung dieser für die saarländischen Philologen gewiß bedeutungsvollen und wichtigen Frage ist ein Schreiben des Preussischen Kultusministers, das dieser dem Vorsitzenden des preussischen Philologenverbandes, Oberstudiendirektor Dr. Bolle, Berlin-Karlshorst, zugehen ließ. Das Schreiben lautet: „Wie ich höre, bestehen in Philologenkreisen des Saargebiets Zweifel darüber, ob die dortigen Studienräte Aussicht haben, für die Dauer der Beförderung auf Beförderungstellen im übrigen Preußen berufen zu werden. Die hieraus entstandenen Besorgnisse sind unbegründet. Vielmehr geht die Unterrichtsverwaltung davon aus, daß bei den Beförderungen im höheren Schulwesen Preußens Studienräte des Saargebiets in gleicher Weise zu berücksichtigen sind, wie die des übrigen Preußens.“

Ich ersuche Sie ergebenst, diese Mitteilung umgehend dem Vorsitzenden des Rheinischen Philologenverbandes, Bezirksgruppe Saar, Studienrat Dr. Arens in Saarbrücken, zur Kenntnis zu bringen.

Mit diesem Schreiben dürfte manche Ungewißheit aus dem Wege geräumt sein.

### Der Warenbezug zwischen dem Saargebiet und dem Reich.

Die große Unsicherheit, die durch die infolge der französischen Gewaltmaßnahmen in den besetzten Gebieten hervorgerufenen Verkehrsstörungen im Rheinland hinsichtlich des Warenverkehrs im Saargebiet hervorgerufen wurde, hat die Saarregierung durch eine Mitteilung an die saarländische Presse zu zerstreuen gesucht. Darin wird gesagt, daß für die Einfuhr in das Reich als Ausweis ein Ursprungszeugnis der saarländischen oder saarländisch-französischen Handelskammer genüge, das durch das Visum der technischen Abteilung der Zollverwaltung in Saarbrücken bestätigt werden müßte. Für die Einfuhr in das Saargebiet sei ein Ausweis des Ein- und Ausfuhramtes in Ems allein maßgebend.

Aus diesen Mitteilungen ergibt sich ebenfalls, daß die Saarregierung unter Verletzung ihres Auftrages sich in den Dienst der französischen Gewaltpolitik stellt. Das Ems-Ein- und Ausfuhr-Amt ist bekanntlich von der deutschen Regierung aufgelöst worden, was als solches jetzt von den Franzosen herausgestellt wird, ist eine rein französisch-belgische Einrichtung, die für die deutschen Staatsangehörigen unzuständig ist. Für das Saargebiet liegen die Verhältnisse so, daß das Reich nur die Zeugnisse der saarländischen Handelskammer und die Gegenzeichnungen des Reichskommissars Dr. Pagenstecher anerkennt. Jede saarländische Firma, die sich bei der Ein- und Ausfuhr in und aus dem besetzten Gebiet der Stellen bedient, die von der Interalliierten Rheinlandkommission eingerichtet sind, kann mit dem unbesetzten Gebiet laut Bekanntmachung der Reichsregierung nicht mehr in Handelsbeziehungen treten, sei es nun, daß es sich um Ausfuhr oder Einfuhr handelt. Die saarländische Handelskammer stellt nach wie vor die nötigen Bescheinigungen aus. Sollte die Ausfuhr nach Deutschland (unbesetzt) Schwierigkeiten deshalb haben, so liegt das nur an der Unkenntnis der französischen Rheinpfalz, die nicht weiß, daß das Visum nicht nötig ist. In jedem Falle halte man sich an die saarländische Handelskammer in Saarbrücken, die nach wie vor bestrebt ist, das saarländische Wirtschaftsleben lebensfähig zu erhalten.

Der „Einfuhr- und Ausfuhr- und Ausfuhramtes“, von dem in der Zuschrift der Saarregierung die Rede ist, läuft in Wirklichkeit darauf hinaus, die Einfuhr aus Deutschland nach dem Saargebiet zu kontingentieren. Nach der gegebenen Sachlage ist darauf aufmerksam zu machen, daß sich die beteiligten Kreise für den Warenbezug aus dem Reich, sei es aus dem besetzten oder dem unbesetzten Gebiete, den Aus- und Einfuhrbestimmungen der deutschen Regierung unterzuordnen haben, da das Reich das Saargebiet hiervon zweifellos nicht ausnehmen wird und kann. Eine Vermittlung durch Organe der Interalliierten Rheinlandkommission und ebenso des Ein- und Ausfuhramtes in Saarbrücken kann daher nicht in Frage kommen. Es ist die Aufgabe der Regierungskommission, in der Wahrnehmung des Wohlles der Saarbevölkerung dafür einzutreten, daß bei diesem Warenbezug Konflikte jeder Art durch die zollpolitischen Schikanen gegen das Deutsche Reich ausgeschlossen bleiben.

### Erste Lage im saarländischen Handel.

Der Schuhverein für Handel und Gewerbe im Saargebiet E. V. hat an rund 150 deutsche Tages- und Nachtblätter zum Zweck der Veröffentlichung eine Zuschrift geleitet, nach der sich der saarländische Handel zurzeit in einer außerordentlich ernsten Krise befindet. Darin heißt es u. a.:

Die an sich erfreuliche Besserung der deutschen Mark hat dem saarländischen Käuferpublikum, das in seinem überwiegenden Teil Frankeneinkommen bezieht, stärkste Zurückhaltung auferlegt. Als Auswirkung der Ruhraktion sind dazu in den letzten Tagen neue, große Schwierigkeiten gekommen. Infolge der Zollabtrennung der besetzten Gebiete und der Verkehrsstockung ist die gesamte Güterzufuhr aus Deutschland nach dem Saargebiet unterbrochen worden. Unterwegs befindliche Gütersendungen, die Milliardenwerte repräsentieren, erreichen ihren Bestimmungsort nicht und bleiben vorläufig unauffindbar.

Völlig unerträglich und unbedingt katastrophal wäre es für den saarländischen Handel, wenn seitens seiner Belieferer der skizzierten kritischen Lage nicht weitgehendste Rechnung getragen wird. Wir richten daher an die deutschen Fabrikanten und Handelsfirmen — deren schwierige Lage wir gewiß nicht verkennen — die dringende Bitte, im Verkehr mit den saarländischen Abnehmern jede nur mögliche Rücksichtnahme walten zu lassen. Insbesondere bitten wir um Beachtung folgender Richtlinien:

1. Bei begründeter Zielüberschreitung saarländischer Firmen sind tunlichst keine Repressalien zu ergreifen, auch dann nicht, wenn sie vereinbart sind, insbesondere auf Geldentwertung und Verzugszinsen zu verzichten.
2. Aus nicht vereinbarungsgemäß geleisteten Vorauszahlungen sind nach Möglichkeit keinerlei Rechte abzuleiten.
3. Vertragsmäßig festgelegte Sonderbedingungen sind möglichst weitherzig auszulösen.
4. Bei Renauablässen soll man den saarländischen Abnehmern tunlichst entgegenkommen, insbesondere keine Vorauszahlungen oder Anzahlungen verlangen.

Wir sind fest davon überzeugt, daß die vorstehenden Vorkämpfe von jedem deutschen Lieferanten gerne befolgt werden, beweist er doch damit, daß er gewillt ist, zu seinem Teil an den Nöten der besetzten Gebiete tragen zu helfen.

### Aus dem Saarberaban.

#### Preussische Staatsbeamte in französischen Diensten.

Auf Antrag des Ministers für Handel und Gewerbe hat das Staatsministerium folgenden Beschluß gefaßt:

„Die durch den Staatsministerialbeschluß vom 27. Januar 1922, St. M. II 317, bis zum 31. März 1923 verlängerte Frist für den unbeschränkten Rücktritt der in französische Dienste beurlaubten Beamten der ehemals preussischen Staatsgruben an der Saar wird um ein weiteres Jahr, also bis zum 31. März 1924, verlängert.“

#### Wie die französische Grubenverwaltung wuchert.

Die Grubenverwaltung hat im Atlantik bei Landweiler-Neben das ihr auf den verschiedenen Gemeindeebenen gehörige Eigentum an Wiesen, Feldern und Gärten öffentlich auf drei Jahre an die Bergleute verpachtet. Dabei wurden jährliche Pachtpreise erzielt, die bei dem jetzigen Kursstand des Franken in die Millionen von Mark gehen. So wurde für ein Baumgrundstück in Heiligenwald, für das der frühere Pächter etwa 100 Mark zahlte, sage und schreibe 1100 Franken im Jahr (hes 2200 000 Mark!) erzielt, dergleichen für ein Grundstück in der Größe von einem Morgen über 900 Franken jährlich. Wenn man bedenkt, daß etwa drei Viertel des Grund und Bodens auf dem Gemeindebanne von Heiligenwald sowie etwa die Hälfte der Wohnhäuser im Besitz der Grube sind, so kann man ermessen, welche Wuchermaßnahmen die Grube jährlich allein aus diesen Liegenschaften erzielt.



### Wanderansstellung „Rheinlandnot“.

Von rheinischen Kreisen in Berlin ist eine Wanderansstellung „Rheinlandnot“ zusammengestellt worden, die ein übersichtliches Bild über die durch das Versailler Diktat und durch die Besetzung im Rheinland und im Saargebiet geschaffene Lage und ihre Folgeerscheinungen bringt. Die Ausstellung enthält ferner Ansichten der markantesten Gegenden des Rheinlandes und des Saargebiets, statistische Übersichten und eine reichhaltige Zusammenstellung der einschlägigen Buch- und Broschürenliteratur. Die Ausstellung wird in verschiedenen deutschen Städten gezeigt werden. Sie bietet auch für die Ortsgruppen des Bundes „Saar-Verein“ und für die Pfälzervereine ein gutes Werbematerial, wenngleich die besonderen Verhältnisse des Saargebiets eine bessere Darstellung verdient hätte. Unseren Ortsgruppen kann jedoch wärmstens empfohlen werden, sich für die Ausstellung zu interessieren, besonders Gleichgültige zum Besuch anzuregen, damit sie ein Bild von den Verhältnissen in unserer Saarheimat und im Rheinland erhalten.

Zur Unterstützung notleidender Kinder im Saargebiet, besonders der Angehörigen des Mittelstandes, deren Ernährer nicht Franken, sondern Markempfinger sind, ist der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ in Berlin von dem Ingen. Santiago-Auschauf für die deutsche Nothilfe eine Spende von 1 000 000 Mark überwiesen worden, welches Geld möglichst restlos dem genannten Zwecke zugeführt werden soll. Die Geschäftsstelle „Saar-Verein“ hat sofort die weiteren Schritte unternommen. Unsere Landleute im Saargebiet mögen daraus ersehen, daß sie in ihrer Not auch von den in fernsten Ländern wohnenden Brüdern und Schwestern dank der Aufklärungsarbeit des Bundes und der Geschäftsstelle „Saar-Verein“ nicht vergessen werden.

**Beschädliche Gedankenlosigkeit.** Der Geschäftsstelle Saar-Verein war mitgeteilt worden, daß in der amtlichen Zeitungspreisliste, herausgegeben vom Reichspostministerium, das Saargebiet unter C: Verzeichnis der im Ausland (1) erscheinenden Zeitungen aufgeführt ist. In einer Eingabe an den Herrn Reichskanzler, an das Reichsministerium des Innern und an das Reichspostministerium wies die Geschäftsstelle auf das Betrüben dieser Tatsache hin und bat, eine Abstellung herbeizuführen. In einer umgehenden Antwort gab das Reichspostministerium bekannt, daß die Eingliederung der deutschen Saarzeitungen in die Auslandsabteilung auf Anregung der Saarregerung erfolgt sei, daß aber die sofortige Korrektur seitens des Reichspostministeriums angeordnet wurde, die bereits in der am 15. Februar d. J. erscheinenden Neuauflage der Postzeitungsliste berücksichtigt wird. — Die Reichsbahn sollte sich an dieser prompten Erledigung des Falles ein Beispiel nehmen. Siehe Fahrkartenschalter: Anhalter Bahnhof!

### Vom Bund „Saar-Verein“ und den angeschlossenen Vereinigungen.

#### Wir bleiben deutsch!

Es mag unsere Leser interessieren, über die großdeutsche Kundgebung, die am 18. Februar vom Hochschulring Deutscher Art in die neue Aula der Universität zu Berlin einberufen war und auf der auch ein Vertreter des Saargebietes sprach, einiges Nähere zu erfahren. Nach den Ausführungen verschiedener Vertreter von Deutsch-Polen und -Oesterreich führte Studiosus Wagner etwa folgendes aus:

„Seit über vier Wochen geht uns das Rassen der Tanks und Panzerwagen an der Ruhr in den Ohren, und stündlich erleben wir die Leiden der Ruhrbevölkerung mit. Was sich hier seit nahezu fünf Wochen abspielt, ist seit vier Jahren in einem Teil unseres Vaterlandes der Fall. Auf die Dauer von 15 Jahren ist das Saargebiet Deutschland verloren. Das Saargebiet ist in wirtschaftlicher Beziehung dem Ruhrgebiet nahe verwandt und spielt mit seinen Gruben, seinen großen Hüttenwerken und der ausgedehnten Glas- und Keramikindustrie eine große Rolle als Wirtschaftsfaktor im Leben Deutschlands. Ueberall klingt uns das hohe Lied deutscher Arbeit und Schaffenskraft entgegen. Dieses Land ist, wie Geschichte und Sprache beweisen, seit jeher urdeutsch, und kein Tropfen fremden Blutes rollt in den Adern der Bevölkerung. Mit Zuckerbrot und Bettische versucht man nun die Bevölkerung zur Sklavenarbeit zu pressen. Wie unsere Väter aber durch keine Macht zum Preussentum gekehrt, sondern aus freiem Entschluß Preußen geworden sind, so wird auch kein Frankreich uns wie Diener behandeln können! Wir sind keine Marktware, die man verschachert, wenn es jemand gefällt! Für uns Saarländer hat Frankreich aufgehört, ein Kulturvolk zu sein! Mögen schwarze Truppen, der Schrecken aller besetzten Gebiete, unsere Frauen und Mädchen schänden, mögen

sie Wehrlose werden, ihr Blut komme über Frankreich! Wir bleiben dennoch deutsch!“

Herr Wagner wandte sich dann an die Versammlung mit der Mahnung, den deutschen Schwestern und Brüdern nicht nur mit Worten die Treue zu halten, sondern die Tat folgen zu lassen, und denen, die von Maschinengewehren und Bajonetten bedroht werden, den Kampf ums Deutschtum nicht unnötig zu erschweren.

Die Ausführungen fanden wiederholt starken Beifall, und auch die Tagespresse widmete mehrere Zeilen diesen Worten aus Saarland.

#### Für die Rhein-, Ruhr- und Saarspende

hatte der Verein der Rheinländer (einschließlich Saargebiet und Westfalen) in Glauchau i. Sa., Ortsgruppe des Bundes „Saar-Verein“ eine bestens durchgeführte Wohltätigkeitsveranstaltung im Stadttheater vorbereitet. Musik- und Gesangsvorträge wechselten miteinander ab. Den Mittelpunkt der Veranstaltung bildete ein Vortrag des Leiters der Geschäftsstelle „Saar-Verein“, Verwaltungsdirektor Vogel-Berlin, über das Thema: „Rhein, Ruhr und Saar“. Redner überbrachte zunächst die Grüße der rheinischen Spitzenverbände, des Bundes „Saar-Verein“ und des Reichsverbandes der Rheinländer in Berlin, indem er auf die dringende Notwendigkeit hinwies, bei allen derartigen Kundgebungen und Veranstaltungen nicht nur vom Rhein und der Ruhr, sondern vor allen Dingen auch von der Saar und der Pfalz Kunde zu geben, wie es der Reichskanzler Dr. Cuno in seiner ersten Reichstagsrede in vorbildlicher Weise getan hat. Redner zog dann Vergleiche zwischen der heutigen Zeit und der Zeit vor vier Jahren, wo die Zersplitterung Deutschlands, der Raub deutschen Heimatbodens begann, ohne daß der Bevölkerung der betroffenen Gebiete damals aus dem Mutterlande heraus irgendwelche Teilnahme gezeigt worden wäre. Keine Hand habe sich damals gerührt, das habe man im Saargebiet und im Rheinland aufs schmerzlichste empfunden. Was sich heute im Ruhrgebiet unter der Erregung der ganzen Welt abspiele, habe man im Saargebiet und im Rheinland in demselben Maße und in derselben furchtbaren Weise seit fast vier Jahren durchmachen müssen. Der französische Einbruch ins Ruhrgebiet zeige klar, wohin es gehe, denn die immer unverhüllter sich offenbarenden Endziele der französischen Politik, die man durch das Versailler Diktat nicht erreicht habe, seien die französische Rheingrenze, die Zerstörung der Rheinlande vom Deutschen Reich und jetzt noch die wirtschaftliche Beherrschung der Ruhrkohlenindustrie, um das deutsche Vaterland völlig zerreißend, zerlegen und zerschmettern zu können. Der Chefredakteur des „Vorwärts“, Stamper, habe vor der Unterzeichnung dieses Schanddiktats mit Recht im Juni 1919 betont: „Ich glaube bestimmt, daß wir den letzten Gang, der mit diplomatischen Mitteln auszuführen ist, ehrenvoll zum Nutzen unseres Volkes beenden können, wenn unser Volk nur die dazu nötige moralische Widerstandskraft aufbrachte.“ Diese moralische Widerstandskraft sei aber auch heute, wie aus dem Appell des Reichskanzlers Dr. Cuno an das deutsche Volk hervorgehe, notwendiger denn je, um den schweren Abwehrkampf gegen französische Fremd- und Gewaltherrschaft bestehen zu können. Die Rheinland- und Saargebietspolitik der Franzosen sei die Fortsetzung der Politik Ludwigs XIV. Daß, was die Franzosen im Saargebiet, am Rhein und an der Ruhr wollen, zeige ein Bild im „Le Journal“: „Le cordon douanier“. „Quand vous voudrez“, in welchem Frankreich als Marianne dargestellt sei, einen bärtigen Deutschen mit einem Strick um den Hals erdrosselnd. Zug und Trug sei die Hauptwaffe der Franzosen, welche den Mut gehabt hätten, während des Krieges dem deutschen Volk zu rufen: „Wir führen nicht den Kampf gegen das deutsche Volk, sondern gegen den preussischen Militarismus. Befreit euch von der Herrschaft des Kaisers, zerbrecht die Kette des rücksichtlosen Absolutismus, damit wir euch die Bruderhand reichen können.“ Heute wisse man, wie diese „Bruderhand“ aussieht. Es sei die Hand des brecherischen Mörder, roher Mörder und trecher Räuber, die man an der Ruhr, am Rhein und an der Saar kennengelernt habe. Auf die Verhältnisse im Saargebiet eingehend, verglich er das westfälische Heldentum mit den Taten der Helden an der Saar, indem er besonders der Arbeiterschaft, in erster Linie aber unseren braven Saarbergleuten ein glänzendes Zeugnis ausstellte. Er ging dann auf die Brutalitäten und auf den französischen Sabismus an der Ruhr, im Rheinland und Saargebiet näher ein und befaßte sich in längeren Ausführungen mit der Dentschrift des Reichsministers des Innern über die Ausschreitungen der Besatzungstruppen im besetzten rheinischen und Saargebiet, die 300 Fälle von vorläufigen Tötungen, 65 Mißhandlungen und Ueberfällen, sowie 170 Sit-



lichtsverbüchsen aufführt. Redner erwähnte zum Schlusse die Worte eines Arbeiterführers bei der Beerdigungsfeier für den von den Franzosen auf der Zeche „Prinz Regent“ in Bochum getöteten Bergmann: „Wir Bergarbeiter sind nicht gewohnt, auf unserer Zeche ermordet zu werden, wenn auch manches Schlagwetter und sonstige Gefahren drohen. Wir deutschen Bergarbeiter und Beamten sind keine Sklavennaturen und werden uns niemals dem Joch eines fremden Patronats unterwerfen. Wir werden so lange durchhalten, bis Frieden und Recht in der Welt wieder Einkleidung halten.“

Was der Deutsche nie gekannt, Frankreich hat ihn in Deutschland erzeugt: den Haß! Den Haß, den Paul Warnke im „Kladderadatsch“ wie folgt kennzeichnete:

Wer einen Franzosen im deutschen Land  
Obdach gewährt und Unterstand,  
Wer die verfluchte Hand ihm faßt,  
Ihn nicht verachtet und tödlich haßt,  
Ihn eines Blickes würdig hält,  
Wie Gift nicht meidet sein gleichend Geld,  
Ihn laßt mit einem Bissen Brot,  
Ihm Hilfe leiht, wann er in Not —  
Wer einen Becher Weins ihm reicht,  
Wer, wie vom Ras, von ihm nicht weicht —  
Der sei fortan im deutschen Land  
Ein ehrvergeßener Lump genannt!

Redner schloß dann mit einem warmen Appell im Sinne des Aufrufes der Reichsregierung an das deutsche Volk, jeglichen Parteihader beiseite zu stellen und jetzt und in der Zukunft die Blicke nach der Saar, nach dem Rhein und nach der Ruhr zu richten in Einigkeit und Treue:

Denn wenn wir einig sind und treu zusammen  
stehn,  
Kann unser deutsches Vaterland auch niemals  
untergehn!

Die Ortsgruppe Berlin des Bundes „Saar-Berein“ hielt am Freitag, den 2. März, im Vereinshaus Deutscher Ingenieure die März-Monatsversammlung ab, in welcher unser Saarbrücker Landsmann, Prof. August Benik in Berlin, einen die Zuhörer in außerordentlichem Maße interessierenden Vortrag über „Das deutsche Mek“, ein Kulturbild mit Lichtbilderaufnahmen der staatlichen Werkbildanstalt in Berlin hielt. Als hervorragender Sachverständiger der Baukunst verstand es Redner, an Hand der Lichtbilder die bauliche Entwicklung der Stadt Mek unter französischer und deutscher Herrschaft zu schildern. Geschichtlich erbrachte er den Nachweis, daß Mek eine uralte deutsche Stadt ist, deren Charakter auch die zu Französisierungszwecken unternommenen französischen Baumethoden, denen er die größte Anerkennung ausstieß, nicht zu verwischen vermocht hat. Seine Ausführungen waren neben den Darstellungen eines Bauachverständigen aber auch von so vaterländischem Geiste getragen, daß sie die zahlreichen Zuhörer aufs tiefste ergriffen. Das Materielle seiner fesselnden Ausführungen haben wir bereits in unserem „Saarfreund“ (Nr. 18 und 19, Jahrg. 1922) wiedergegeben. Der Vorsitzende der Berliner Ortsgruppe, Direktor Kett, konnte nach dem stürmischen Beifall der Versammlung dem Vortragenden den besonderen Dank für seinen Vortrag aussprechen. Hierauf gab cand. jur. et rer. pol. Gerhard Kniep-Berlin sachliche Schilderungen über seine Erlebnisse im Saargebiet und seine brutale Behandlung bei der Verhaftung und Ausweisung durch die Saargebietspolizei. Seine Mitteilungen gaben einen Beweis von der Rohheit und Brutalität, mit der gewisse deutsche Schutleute, die sich bei den Franzosen gern ein rotes Röschchen verdienen wollen, deutsche Brüder behandeln und mißhandeln. Der mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse geschmückte junge deutsche Mann ist durch Schläge ins Gesicht, durch rohes Fesseln der Hände, durch Schläge und Fußtritte körperlich derart mißhandelt worden. Der Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Berein“, Verwaltungsdirektor Vogel, betonte, daß derartige Vorkommnisse nichts Neues seien, und er kennzeichnete die sich eigenen Landseuten gegenüber so erbärmlich verhaltende Saargebietspolizei als das, was sie in den Augen jedes anständig denkenden Deutschen sei. Man wisse ja, daß die aufrechten deutschen Polizeibeamten, vom Polizeinspektor bis zum Schutmann, aus dem Saargebiet schon seit Jahresfrist vertrieben worden seien, besonders durch die Denunziationsarbeiten der bekannten Französischen Dörfert, Deutsch und Genossen, die bei den Franzosen dadurch zu besonderen Ehren und in einträgliche Stellen emporgehoben worden seien, weil sie durch Verrat an eigenen Kollegen und Untergebenen sich bei den Franzosen lieb und gemocht hätten. Sodann erwähnte Redner den zurzeit im Saargebiet sich abspielenden Prozeß gegen das Mitglied der Saarregierungs-Kommission Dr. Hector, den eine Berliner Zeitung mit Recht den „Meineminister“ genannt hat. Es sei gut, daß diesem Verräter Hector, den man der Welt als den Vertreter des Saargebiets in der Saarregierung vorgestellt habe, endlich die Maske vom Gesicht gezogen worden sei. An anderer

Stelle der vorliegenden Nummer können unsere Leser Näheres über den Fall Hector nachlesen. Soviel steht fest, daß auch die Akten über verschiedene andere Leute wohl bald geöffnet werden und manches ans Tageslicht bringen wird, was diese Art Leute kennzeichnet. Selbstverständlich muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die Verfehlungen solcher Leute, die lediglich auf Ehrgeiz und Gewinnsucht zurückzuführen sind, keiner politischen Partei angehängt werden dürfen, sondern daß es sich lediglich um persönliche Verfehlungen handelt, für welche dem Betreffenden die volle Verantwortung aller Mitbürger zuteil werden muß.

Saar-Matzen-Berein, Ortsgruppe Leipzig des Bundes Saar-Berein. Am 14. v. M. vereinigten sich Mitglieder und Gäste und lauschten einem Vortrag von Frau Professor Berta Schmidt-Bidelmann über Heimat und Deutschtum. Alle waren mit dem Gedanken in Saarbrücken und der „Kasinosbese“, wie sich die Vortragende bezeichnete, erheiterte die Zuhörer, und wir lebten unsere Jugend an dem Abend nochmals durch. Der Vortrag wurde umrahmt von Gesängen ihrer Tochter Hel. Erika; auch hier wollte der Beifall kein Ende nehmen, der sich ins Unendliche steigerte, als ihr ein herrlicher Fliederstrauch überreicht wurde. Der unermüdliche 1. Vorsitzende Ingenieur Seestler geleitete das Vorgehen der wirklichen Barbaren, und das bekannte Trübsied von Trog wurde stehend gesungen.

Eine Saarländische in Neuruppin fand am 24. Januar statt. Es handelte sich um eine Konzert- und Vortragsveranstaltung der Rheinländer-Vereinigung. Die „Märkische Zeitung“ schreibt darüber u. a.: „Gewiß war es ein schöner Abend, und da der Besuch recht gut war, darf man auch hoffen, daß eine nicht unbeträchtliche Summe für den Unterstützungsfonds zusammengekommen ist. Nur wurde man die Empfindung nicht ganz los, daß die Stimmung, auf die es ankam, die der einheitlichen vaterländischen Entzweiung über die unerhörte Schmach, unter der die rheinländischen Volksgenossen und mit ihnen das ganze deutsche Volk leiden, in demselben Maße zu kurz kam, wie der Vortrag des Hauptredners, Verwaltungsdirektors Vogel aus Saarbrücken (jetzt in Berlin) gleichsam nur als Zugabe, als Anhängsel erschien. Sollte der Saal nicht noch voller geworden sein, wenn dieser Vortrag, in breiterer Ausführlichkeit gehalten, in den Mittelpunkt der ganzen Veranstaltung gestellt worden wäre? Bürgermeister Seibach (Rheinsberg), selbst ein Rheinländer, sprach zur Eröffnung warme Worte der Begrüßung, die auf den Zweck des Abends hinwiesen und zum Zusammenhalten, zum Durchhalten aufforderten. Es folgten dann die schönen musikalischen Darbietungen, an denen man allenfalls aussetzen konnte, daß sie in keinerlei Beziehung zu dem besonderen Zweck des Abends gestellt worden waren. Nach Schluß des Konzerts trat, eingeführt durch Herrn Landgerichtspräsidenten Gerstein, der bekanntlich ebenfalls aus Saarbrücken zu uns gekommen ist, Herr Vogel aus Rednerpult. Er hielt die schöne Hauptaufgabe seines Lebens darin, im Reiche Aufklärung zu verbreiten über die Dinge im Saarländischen, wie es zur Abtrennung kam, mit welchen unmwürdigen Listen und Tücken die Franzosen und ihre Helfershelfer, die „hohe“ Saar-Regierung und der noch höhere Völkerverbund, dort schalten und walten, um das Endziel zu erreichen, die erhoffte reifliche Annexion des reichen und schönen Gebiets, dessen Bewohner doch so lehrreich sind wie nur irgendein anderer deutscher Stamm, und was er da aus vollem Herzen heraus, aus der Fülle des Selbsterlebten und Selbsterlittenen berichtete, das machte jede weitere Illustration durch Lichtbilder überflüssig. Herr Vogel sprach frisch von der Leber, ohne alle „pazifistische“ und „internationale“ Anwandlungen, und es fehlte auch nicht der Hinweis darauf, daß es im Saarländischen wie im ganzen Rhein- und Ruhrgebiet in der Beziehung keine Parteilichkeit mehr gibt: Das Gefühl der ganz ungeheuren Erbitterung läßt jeden Deutschen dort morgens aufwachen, des Abends zur Ruhe gehen mit dem einen Gedanken: Wann kommt der Tag der heißesten Vergeltung, wann der Tag, an dem wir diese Blutsauger, diese alles Recht unter ihre schmutzigen Füße trampelnden fremden Eindringlinge zum Tempel hinausjagen, wenn es nicht anders ist, mit Knüppeln, wie es der sozialdemokratische Redakteur R. im Augenblick keiner Ausweisung den Herren ins Gesicht hinein schrie? Der Raum mangelte verbiethet uns, auf die Einzelheiten des Vortrags einzugehen, von dem wir nur wünschen, daß ihn alle Neuruppiner und Neuruppiner gehört hätten. Ein gemeinsamer Gesang schloß die wirkungsvolle Rundgebung für das Saargebiet.“

## Briefkasten.

\* J. A. in Konstanz. 1160 M. erhalten, herzl. Dank! Beistellen Sie den „Saarfreund“ von jetzt ab bei der dortigen Post, wo sie alles weitere erfahren werden. Herzl. Grüße.

Deutsch sei die Saar immer dar! Der Betrag von 5000 Mark ist eingegangen, der „Saar-Freund“ wird Ihnen nach wie vor regelmäßig zugehen. Treudeutschen Saargruß!



# Mitteilungen des „Vereins der Pfälzer“ in Berlin.

(Ortsgruppe des Pfälzerwald-Vereins, E. V.)

Vereinsadresse: Berlin-Schöneberg, Eisenacher Str. 52. Schriftführer: Fritz Müller (Tel. Stephan 9030). / Vereinslokal: Hotel Atlas, Berlin N. 24, Friedr.-Lohstr. 74, a. d. Weidendammer Brücke. Jeden Freitag Stammtisch und jeden ersten Freitag im Monat Vereinsabend. / Zuschriften, die Zeitung betr., an den H. Vorst. Carl Maria Maier, Berlin NW. 5, Quilowstraße 140 (Tel. Moabit 3011-12). / Postcheck-Konto Berlin 10447. Adr.: Jakob Schmitt, Berlin-Steglitz, Postinger-Straße 14.

**Mitgliederbeitrag 1923:** Nochmals wird dringend gebeten, den für das erste Halbjahr 1923 auf 300 M. festgelegten Mindestbeitrag sofort auf das Postcheckkonto unseres Rechners, Herrn Jakob Schmitt (Berlin 15 841), Berlin-Steglitz, zu überweisen.

**Vereinsabend:** Jeden ersten Freitag im Monat im Vereinshaus Hotel Atlas an der Weidendammer Brücke. Der gesellschaftliche Teil ist stets nur ganz kurz und inselbedessen erfreuen sich diese Familienzusammenkünfte einer steigenden Beliebtheit, insbesondere wenn unser „Leon“ gut gelaunt ist. Gäste willkommen.

**Vorstandssitzungen:** Regelmäßig jeden letzten Monats-Samstag bei Mitglied Leon Thier, Lühnowstr. 46.

**III. Programm-Wanderung am 11. März 1923** — wie immer bei jeder Witterung. Führung: Maier und Gerhard. Ausgang Eichwalde, Ziel Erkner. — Abfahrt Görlitzer Bahnhof 8.57 oder über die Stadtbahn mit Umsteigen in Niederschöneweide-Johannis-thal oder Baumschulenweg. Ab Charlottenburg 8.16, Lehrter 8.32, Friedrichstraße 8.36, Eichwalde Ankunft 9.31. — Frühstück in Schmöckwitz 10.10—11.00 (Mest. z. Palme a. d. Seddiner Brücke). — Birkenallee 11.10. — Crotztn-See 11.30. — Wernsdorf 11.55 (Büden-Echo). Ober-Spree-Kanal-Schleuse 12.15. — Blick auf Goserer Berge und Aussichtsturm 12.00—12.30. — Neu-Zittau 12.45 (Mittagsrast im Gold. Anker beim gemütlichen Paul; auch seine Pauline ist gemütlich). Abmarsch 2.00 — wegen Hochwasser über Burla 2.30. — Ueberfahrt Hohenblinde (3.00—4.00 Kaffeestast im Strandbischöfchen bei Carl Kurzmänn). In Erkner 5.00 (Schluß-trunk bei Schmidt in der Gold. Traube). Rückfahrt alle 30 Min. 22 und 52. — Ueberall tadellose Unterkunft und Verpflegung, Fleischbrühe, Kaffee, la Biere, Brantwein (offiziell nicht gestattet), angenehme Wirtsleute, Billard und Klavier. Wetter ausgezeichnet. Gegend in der Umgegend sehr gebirgig — dauernd vor Sonne stühende Kiefernwälder mit angenehmen Wegen wie auf Teppichen. — Gäste immer willkommen. Die Führung rechnet diesmal auf stärkste Beteiligung, denn diese Wanderung zählt zu den schönsten. — Männlichen und weiblichen Junggesellen, sowie Gästen und wer sonst mit gefülltem Rucksack nicht gerne marschiert, wird Mittagessen-Vorausbestellung (Führung, Vereinsleitung oder Wirt Paul Harting-Neu-Zittau) dringend empfohlen. Niederbächer mitbringen.

**Der Wanderaussschuß** hat für dieses Jahr folgende Pflichtwanderungen festgelegt:

Januar: Sakrow-Römerschanze-Potsdam,  
Februar: Tegel-Heiligensee-Spandau,  
März: Eichwalde-Wernsdorf-Hohenblinde-Erkner,  
April: Mit allen Schiffen durch den Grunewald,  
Mai: Strausberg-Blumenthal-Tiefensee,  
Juni: Bernau-Heilsee-Piepnitzsee-Bernau,  
Juli: Potsdam-Ravensberge-Pienewitzsee-Michendorf,  
Aug.: Märkische Schweiz-Budow,  
Sept.: Birkenwerder-Summt-Gorin-See-Buch,  
Okt.: Seegesfeld-F. Damsbrück-F. Ziegenkrug-Belten,  
Nov.: Strausberg-Kallberge-Erkner,  
Dez.: Wannsee-Rikolsd.-Al. Glienide-Stolz-Wannsee.

Ferner außer Programm im Frühjahr eine Blütenwanderung, im Sommer mehrere kurze Wanderungen mit längerer Badegelegenheit und die üblichen Nachmittags-Kaffeewanderungen. — Besondere Wünsche hierzu und Verbesserungsvorschläge werden noch gerne entgegen genommen, ebenso werden noch einige Damen und Herren gebeten, sich als Führer zu melden. Natürlich bleiben Veränderungen der heutigen Zeitlage entsprechend vorbehalten, aber wir wollen hoffen, daß es uns trotz der bedrängten Lage unseres Vaterlandes möglich sein wird, unser Programm durchzuführen und unseren Mitgliedern genussreiche, nervenstärkende Wanderstunden zu bieten.

**Der Wanderaussschuß.**  
Stein, Obmann.

Die Februar-Wanderung schloß sich würdig ihrer Vorgängerin an. — Vierzig frohe Wanderer stellten sich wieder der Führung in Tegel zur Verfügung und kamen voll auf ihre Rechnung. Waren auch die Züge ungeheizt, wir murrten nicht, wußten wir doch warum, war auch der Frühstückswirt nicht auf uns vorbereitet, es schmeckte doch, piff auch der Ost kräftig um Ohren und Nase, unsere Jugend jubelte und sprang über Zaun und

Heden und die Unentwegten bekamen rote Backen. — Und erst der Schlucktrunk im Spandauer Rathaus — na sowas — war das ein Leben und Treiben. Aus einer Stunde wurden drei und vier und mehr. Und wer nicht dabei war, hat viel veräumt, besonders der zweite Führer, der aber durch Joel-Erloß würdig vertreten wurde.

**Neu-Aufnahmen 1923.** 11. Reichstagsabgeordneter Hermann Hofmann, Oberlehrer in Ludwigshafen a. Rh., NW. 40, Reichstag, Königsplatz 1—3; 12. Kaufm. Hans Hirsch (Heidelberg), Steglitz, Eichenstr. 8; 13. Direktor Karl Dahlerbruch (Kaiserslautern), Berlin-Wilmersdorf, Prinzregentenstr. 86.

## Abermalige Verdoppelung der Eisenbahntarife!

Bei der Reichseisenbahn wurden erhöht: am 15. Februar die Gütertarife um 100 Prozent, am 20. Februar die Tiertransporte um 60 Prozent, am 1. März die Personenttarife um 100 Prozent. Die Personenttarife betragen damit vom 1. März ab das 800fache der Friedenssätze in der vierten Klasse. In den oberen Klassen ist die Vervielfachung bedeutend höher. Die Eisenbahnverwaltung begründet diese abermalige enorme Erhöhung mit der durch den französisch-belgischen Einfall eingetretenen Erhöhung der Kosten aller Materialien. Sie weist weiter darauf hin, daß im Güterverkehr die Tarifsteigerung hinter der allgemeinen Preissteigerung noch weit zurückbleibe.

## Kein neues Weinkontingent.

Auf die Eingabe der Süddeutschen Vereinigung des Wein- und Traubenimports in Mannheim, in welcher aus durchaus berechtigten Gründen ein neues Kontingent gefordert wurde, ist vom Reichsernährungsministerium eine Antwort eingegangen, wonach unter Berücksichtigung der gegenwärtig besonders ungünstigen Devisenlage und der in letzter Zeit erheblich verschlechterten allgemeinen Wirtschaftslage erhebliche Bedenken bestehen zurzeit ein neues allgemeines Einfuhr-Kontingent für ausländische Weine freizugeben. Die starke Passivität der Handelsbilanz macht es unbedingt erforderlich, daß alle nicht unentbehrlichen Genussmittel, soweit nicht dringende handelspolitische Rücksichten zu einer Ausnahme zwingen, gegenwärtig von der Einfuhr ausgeschlossen werden. Das Ministerium sieht sich daher gegenwärtig außerstande, der Frage der Freigabe eines Weineinfuhrkontingents näherzutreten.

## Pfälzische Ringwälle.

In der Novemberberufung des Historischen Museums der Pfalz (Historischer Verein der Pfalz) sprach Museumsdirektor Dr. Sprater über pfälzische Ringwälle. Zuerst gab er einen Überblick über die Arten, Verbreitung und Alter der deutschen Ringwälle im allgemeinen, dann der pfälzischen Ringwälle im besonderen. Eingehend behandelte er besonders eine der größten Ringwallanlagen Deutschlands, den Donnersberg, mit seinen 6,5 Kilometer langen Wällen. Hier konnte der Redner auf Grund neuer Feststellungen die Grundrißaufnahme ergänzen. Eine durch Großkaufmann Fr. Reichard-Frankenthal ermöglichte Grabung ergab gleichfalls wertvolle Aufschlüsse. Neue Ausnahmen konnte der Redner ferner vorführen vom Drachenfels bei Dürkheim, vom Königsberg bei Neustadt und von den Heidenlöchern bei Deidesheim. Er glaubt ferner, an mehreren Ringwällen Umbauten aus spätrömischer Zeit annehmen zu können. Im Anschluß an den Vortrag legte er der Versammlung noch zwei Neuerwerbungen vor, ein zu Speyer gefundenes schwach glasiertes gotisches Aquamanile aus Ton (Geschenk der Speyerer Volksbank) und ein sehr seltenes karolingisches Eisenmesser mit verziertem Knopf aus Oppau (Geschenk des Herrn F. Willersinn). — Der Vortragender, Staatsarchivar Lucas, beschloß den Abend unter Bekanntgabe des nächsten Vortrages, den der Direktor der Landesbibliothek, Dr. Georg Reismüller, halten wird.



## Pfälzer Weinlied.

(Met.: Supp's mal Mabel.)

In Mainz entdeckt durch Mitglied Dichtenberger,  
Und ins Pfälzische übertragen von Carl Maria.

Un wann es kã Wei(n)reb' — bei uns an dem Rhei(n) gãt,  
Dann gãt's aach zum Drinke ren Wei(n),  
Doch wachst jo im Maingau — am Rhei(n) un im Palzgau  
E' Wei(n)che gar feschlich un fei(n).  
Den wolle mer pehe — Der soll uns ergöze  
So lang, als mer schude noch kann  
Un treigt mer aach maachvoll — Dabei als die Ras' voll,  
Doh schodt' nix 'me richtige Mann!  
:: Ach, was schmedt Pfälzer Wei(n) so gud,  
Ach, wie geht der ins Blut,  
Jal die Palz is doch wunnerschee  
Als darf die uns verlore geh'  
Uff! Drum drinkt noch e Glãsel Wei(n)!  
Uff! Un schenkt Eich frisch ei(n)  
Es lewe die Rewe — es lewe der Wei(n)  
Doh kunnig Palz am Rhei(n). ::

Doh helt gibt's d'r Rarre — mit Mähigkeitschbarre,  
Die dugendhaft eif're un schrei'n,  
Dann alles, wãh schlecht is — am Mensche nit recht ist,  
Doh, sage se, kãn nor vom Wei(n),  
Die Remwer, die Niere — dat er ruiniere,  
Verfaltung gãt's nor noch viel mehr.  
Hört mit dem Geleif uff — ich glaab's net, un peif druff,  
Drinkt ruhig mei(n) Wei(n) wie zeither.  
:: Ach, was schmedt Pfälzer Wei(n) so gud. ::

Un wie s'e all' hãähe — in Preiße un Hesse  
Un die vun der bayrische Palz  
Die „Hämer“ un „Stäner“ — veracht werd do kãner,  
Der „Blum“ hot un „Feier“ un „Glanz“.  
Ob „Roter“ ob „Weißer“ — egal un juchelst  
U' werr'n se vun uns eschdemiert,  
Nor soll mer sich hãite — dem Mensch a(n)gebleie,  
E' Wein(n) der gemacht un g'schmiert.  
:: Ach, was schmedt Pfälzer Wei(n) so gud. ::

Es Besche im Lewe — drei Dinger uns gewawe,  
Sie hãähe: „Wei(n), Weib un Gesang!“  
Doh wãrd der Mann älder — bedãcht'ger und kãfder,  
Verliert sich zum Weibe der Hang,  
Un will nit mer Klinge — die Stimme beim Singe,  
Dann schloft aach die Singfrãd dall ei(n).  
Nor äns bleib bestche — dat nimmi vergehe:  
„Der Dorcht“ — un die Lieb' for de Wei(n).  
:: Ach, was schmedt Pfälzer Wei(n) so gud. ::  
(Bei jeder Wanderung mitzubringen.)

## Der Feind in der Pfalz.

Militarisierung sämtlicher pfälzischen Eisenbahnen.

Die französische Besatzungsbehörde hat nach wiederholten vergeblichen Versuchen, das pfälzische Eisenbahnnetz unter den Oberbefehl zu stellen, am 1. März sämtliche pfälzische Eisenbahnen militarisiert. Am 30. Januar waren sämtliche Eisenbahner aufgefordert worden, eine schriftliche Erklärung abzugeben, daß sie sich den französischen Befehlen unterstellen, widrigenfalls sie entlassen seien. Sämtliche pfälzischen Beamten und Arbeiter haben diese Erklärung abgelehnt und erklärt, die Arbeit niederzulegen, wenn der französische Befehl nicht zurückgezogen würde. Noch am gleichen Tage gab nach Verhandlungen mit den pfälzischen Spitzenorganisationen der Eisenbahner die französische Besatzungsbehörde die Zusage, daß das Personal unter den alten Bedingungen weiterarbeiten könne. Am 6. Februar wurde hierauf den pfälzischen Eisenbahnern folgender Befehl der französischen Besatzungsbehörde übermittelt:

„Von dem Oberkommandierenden der alliierten Besatzungstruppen wird befohlen: Sämtliches Personal der Eisenbahn hat an Ort und Stelle seinen Dienst aufrechtzuerhalten und alle Befehle auszuführen, die ihm in seinem Auftrage von der Interalliierten Feldbahnkommission und ihren untergeordneten Stellen erteilt werden. Gemäß Verordnung 1 Artikel 6 der hohen Interalliierten Rheinlandkommission werden Vergehen aller Art gegen den vorliegenden Befehl kriegsgerichtlich verfolgt.“

Unter diesem Befehle befindet sich noch folgende handschriftliche Bemerkung:

„Vom 6. Februar 1923 ab ist das pfälzische Eisenbahnnetz unter den Befehl des Oberkommandierenden der Besatzungstruppen gestellt. Die auf ihren Posten verbleibenden Beamten und Arbeiter behalten alle ihre Rechte und Vorteile und werden als entschlossen, den militärischen Befehlen Folge zu leisten, betrachtet. Unruhstifter werden sofort dem Kriegsgericht ausgeliefert und strengsten Strafen ausgesetzt werden.“

Die Spitzenorganisationen der pfälzischen Eisenbahner haben es aber trotzdem abgelehnt, unter französischem Befehl zu arbeiten. Nachdem die französische Besatzungsbehörde erkennen mußte, daß die Pfälzer Eisenbahner trotz aller Gewaltmaßnahmen nicht gewillt waren unter französischem Oberbefehl zu arbeiten, wurde nunmehr am 1. März die Militarisierung pfälzischer Eisenbahnen durch die französische Besatzungsbehörde befohlen. Zurzeit ruht in der ganzen Pfalz der gesamte Eisenbahnverkehr.

Der französische Unterkommission wurde von dem stellvertretenden Eisenbahnpräsidenten in Ludwigshafen in einem Schreiben erneut mitgeteilt, daß er in Übereinstimmung mit den gesamten Personalvertretungen die Übernahme der Dienstgeschäfte durch die Unterkommission nicht anerkennt, daß er vielmehr als dienstältester Referent nach den Weisungen der deutschen Regierung die Geschäfte weiterführen werde.

Als Opfer der Ausweisung ist der Regierungsdirektor Stamming, der Vorstand der Regierungskammer der Pfalz, der trotz seiner schweren Erkrankung von der Interalliierten Kommission mit seiner Familie ausgewiesen war, infolge Erregung, die seinen Zustand verschlimmerte, am 9. Februar in Heidelberg gestorben.

Neuerdings ausgewiesen wurden: Präsident Lieberich der Eisenbahndirektion Ludwigshafen a. Rh., der Oberpostmeister von Neustadt a. S. mit Frau und Kinder, der Oberpostmeister aus Rapprecht, der stellvertretende Regierungspräsident der Pfalz Oberregierungsrat Buh in Speyer, der Bahnhofsangestellte Werner in Speyer, der Oberstudienrat Offenmüll von der Oberrealschule Zweibrücken, Studienrat Dr. Bell von der gleichen Anstalt, der Bezirksamtsvorsteher Clemens in Kusel, der Weinstellereiverwalter Lieberich in Neustadt a. S., der Vorstand der Betriebsinspektion II Reg.-Rat Rüssel in Ludwigshafen a. Rh., der Vorstand der Bahnstation Oberinspektor Gönninger in Speyer, der Hotelbesitzer Müller, Untergerolsheim. — Ein Hoch den tapferen Männern, tausendfach verflucht Tatarin Polnars, der Herodes des 20. Jahrhunderts und seine Hentersknechte. — Und der Tag der Rache kam — und Männer und Frauen, und Jünglinge und Greise, und Meister und Gesellen, — — — und die Arbeiterbataillone — — — und in einer einzigen Nacht, erschlugen sie mit Knüppeln die Schiffe der ehrenlegionistischen, der ruhmreichen, der grande nation — — — und Europa war gerettet — — — und die Welt atmete auf.

Dr. von Ehlingensberg, der ausgewiesene Pfälzer Regierungspräsident von Speyer wurde zum Reg.-Präsidenten von Niederbayern ernannt.

## Französisches Kohlenkomitee in der Pfalz.

Nach dem Vorbild des französischen Holzkomitees haben die Franzosen in der Pfalz heute auch ein französisches Kohlenkomitee zur Durchführung der mit dem Rheinlandsabkommen und dem Friedensvertrag in Widerspruch stehenden Sonderordonnanz über die Beschlagnahme der Kohlensteuer ernannt. In einer Bekanntmachung der französischen Besatzungsbehörde heißt es: Das internationale Komitee und die internationale Kohlenkommission in Essen sind über den Stand der Bedürfnisse der Pfalz an Brennmaterial aufzuklären. Zu diesem Zweck hat der französische Ingenieur Desfontaine Vollmacht erhalten, um mit den verschiedenen Kohlenkonsumenten und mit der Industrie, die er demnächst besuchen wird, in Verbindung zu treten. Den Kohlenverbrauchern wird dann in der Bekanntmachung empfohlen, dem französischen Ingenieur die zur Erfüllung seines Auftrages nötigen Auskünfte zu erteilen und ihm nützliche Mitteilungen gegebenenfalls durch Vermittlung des französischen Bezirksdelegierten zu machen. Da die pfälzischen Industriellen kürzlich in einer Entschliessung erklärt haben, nur den Befehlen der deutschen Regierung zu folgen, wird die Tätigkeit des Komitees nicht sehr in Anspruch genommen werden.



## Bücherchau.

Der Niederrhein. Von Dr. Ludwig Mathar, Köln, J. P. Bachem, 1923, 1.-5. Aufl., 259 Seiten.

Mathar legt mit der Herausgabe des Niederrheins den ersten imposanten Grundstein, der sein literarisches, auf acht Bände bemessenes Monumentalwerk inauguriert. Eine gewaltige Darstellung! Der Verfasser, der im Banne dichterischer Inspiration die ihn umgebende Welt erschaut, entwirft abgerundete Bilder von den träumerischen Gestirnen und den bürgerstolzen Städtchen des Niederrheins. Das Buch, wegen des stark lyrischen Einschlags naturgemäß persönlich gefärbt, trägt auf jeder Seite des deutschen Geistes einen Strahl, hat also seine gut deutsche Note: „Bände sollen zerrissen werden, die Ufer mit Ufer, Volk mit Volk, Liebe mit Liebe verbinden. Rheinisches Wesen, Deutschtum ist in Gefahr. Losgelöst von den Erinnerungen einer tausendjährigen Heimatkultur, mühte es entfremdet, entwurzelt werden. Darum sollen diese Bücher, „Die Rheinlande“ genannt, diese Blätter von rheinischer Art und Kunst, Erbauer, Festiger, Freunde werden.“ Wir haben den Eindruck, daß der Verfasser, der seine Gefühle fast stets in die schwungvollsten Dithyramben gießt, d. h. über eine herausragende Sprache verfügt, sich mahigen soll, um sein Werk der Eintönigkeit zu entrücken und bei vielen Lesern gewinnen zu lassen. — Der Bachemsche Verlag hat das Buch unübertrefflich schön und gediegen ausgestattet. 32 ausgewählte Abbildungen veranschaulichen die Schilderungen.

„Rheinreise“, Dichtung von Jos. Schregel, für Männerchor vertont von M. Rhoden; Selbstverlag des Komponisten, Kiel, Wehstraße 38. — In den Kranz der Rheinlieder hat M. Rhoden mit diesem Liede eine neue schöne Blume gewunden. Es ist leicht singbar und dem Hörer schnell eingängig. Männerchören, die auf der Suche nach echten und zeitgemäßen Rheinliedern sind, dürfte es sehr willkommen sein. Den Saardeutschen sei verraten, daß den Komponisten Familienbande eng mit unserer Saarheimat verknüpfen.

## Soll der „Saar-Freund“ weiter erscheinen?

Soll der Abwehrkampf im vierten Jahre der Not unserer lieben Saarheimat unter französischer Fremdherrschaft weitergeführt werden, so gilt es den Infolge der außerordentlichen Erhöhung der Herstellungskosten entstandenen Fehlbetrag von mehreren Millionen Mark zu decken.

Sorge daher jeder für neue und weitere Mittel für den „Saar-Freund“, wer geben kann, greife tief in die Tasche, denn es handelt sich darum, über die schwere Zeit mit den nötigen Geldmitteln hinwegkommen zu können, um unsere in weitesten Kreisen so beliebte Halbmonatsschrift „Saar-Freund“ auch weiterhin erhalten zu können.

Dem „Saar-Freund“ ist es während seines vierjährigen Erscheinens gelungen, Aufklärung und Wahrheit über die Leiden und Nöte des treudeutschen Saarländers zu verbreiten. Seine Hauptaufgabe ist es, die Vorgänge im Saargebiet wahrheitsgetreu zu schildern, um auch so Wahrheit und Aufklärung darüber zu schaffen, was man unter dem Völkerbundsgedanken zu verstehen und von dem „Trennhänder“ des Völkerbundes im Saargebiet, der sogenannten Saarregierungscommission, zu halten hat.

In weiten Kreisen hat diese Tätigkeit Anerkennung und Unterstützung gefunden und den Erfolg gehabt, daß man heute allüberall im deutschen Vaterlande über die unerhörte französische Fremdherrschaft im Saargebiet und die schweren Bedrückungen der dortigen treudeutschen Bevölkerung aufgeklärt und unterrichtet ist.

An alle Deutschen des In- und Auslandes, ohne Unterschied der Stellung und der Partei, wendet sich der „Saar-Freund“ in seiner Abwehrstellung gegenüber den Französisierungsbestrebnungen und der französischen Propaganda im Saargebiet.

Es gilt aber noch mehr als bisher für die weitestgehende Verbreitung des „Saar-Freund“ Sorge zu tragen. Pflicht eines jeden Deutschen ist es, hier mitzuhelfen, um der treudeutschen Saarbevölkerung die Hilfe zuteil werden zu lassen, die sie sich selbst nicht geben kann.

Spenden für den „Saar-Freund“ sind herzlich erbeten auf das Postcheckkonto Nr. 86598 Berlin NW. 7 oder auf das Konto „Saar-Verein“ bei der Dresdner Bank Berlin W. 56 und beim Bankhaus Delbrück Schläder & Co. Berlin W. 56.

Verl.-g. des „Saar-Freund“.

## An sämtliche Ortsgruppen des Bundes „Saar-Verein“.

Wir erinnern an die Einzahlung der fälligen Jahresbeiträge für 1923 sowie an die Erstattung der noch rückständigen Jahresbeiträge.

Wir machen nochmals besonders darauf aufmerksam, daß unsere Halbmonatsschrift „Saar-Freund“ nur noch unmittelbar durch die zuständigen Postämter bezogen werden kann. Die außerordentlich hohen Herstellungs- und Postkosten bedingen die größte Sparsamkeit, so daß der „Saar-Freund“ nur noch gegen Bezahlung geliefert werden kann; Freixemplare können nicht mehr zur Verfügung gestellt werden.

Pflicht der einzelnen Ortsgruppen muß es sein, durch Werbung von Mitgliedern bzw. Beziehern und durch das Ausgeben vieler Bestellungen die weitere Herausgabe des „Saar-Freund“ zu unterstützen und zu sichern. Die Ortsgruppen müssen aber auch vor allen Dingen darauf hinwirken, daß jedes Mitglied den „Saar-Freund“ durch die Post bezieht. Außer dem bei der Post zu zahlenden Betrag von Mark 15.— müssen mindestens Mark 85.— für das 1. Vierteljahr für jeden Bezieher an uns abgeliefert werden, da die Erhöhung des Bezugspreises für das laufende Vierteljahr beim Postamt nicht mehr rechtzeitig erfolgen konnte. Vom 1. März ab beträgt der monatliche Bezugspreis 150.— Mark. Um aber das Weitererscheinen des „Saar-Freund“ zu sichern, ist es notwendig, daß möglichst hohe freiwillige Zuwendungen gemacht werden.

Bund und Geschäftsstelle „Saar-Verein“.



Die neue Sperrholz-Klemmschleife  
ges. gesch.  
Größe: Haltbarkeit,  
leichteres Gewicht, in  
sechsten Nummern  
bestens bewährt

**Friedrich Klein**

SW. 68, Alte Jakobstraße 19  
Fernruf: Amt Dönhoff 9702.

## Elektro-Motore!

nur erstfl. Fabrikate,  
ab Lager oder kurz-  
fristig lieferbar.

**Ing.-Büro Faup**

Berlin W. 15,  
Meierottost. 1.

Fernruf: Pfalzburg 92.

## Badische Bank • Karlsruhe

Telefon 183-188 Friedrichsplatz 12 Telefon 183-188

Telegramm-Adresse: „Badenbank“

Ankauf der vom Reiche als Ersatz  
für Auslandsschäden gegebenen

## Reichsschatzwechsel

zu kulantem Bedingungen.

Bei Anstellung genaue Bezeichnung der Stücke und  
Fälligkeiten erforderlich.